

Das Abonnement
auf dies mit Ausnahme der
Sonntage täglich erscheinende
Blatt beträgt vierteljährlich
für die Stadt Posen 1½ Thlr.,
für ganz Preußen 1 Thlr.
2½ Sgr.
Bestellungen
nehmen alle Postanstalten des
In- und Auslandes an.

Posener Zeitung.

Früherate
(1½ Sgr. für die fünfgespaltene Seite oder deren Raum,
Nelken in verhältnismäßig höher) sind an die Expedition zu richten und werden
für die am demselben Tage erscheinende Nummer nur bis
10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 13. Januar. Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: Den Kaufmann R. Stengel in Rio de Janeiro zum Konsul derselbst zu ernennen.

Der Geheime Kanzleisekretär Suchodolski ist zum Buchhalter bei der Staatschulden-Zilgungskasse ernannt worden.

Heute wird der Titel und die Chronologische Uebersicht zur Gesetzesammlung für das Jahr 1863 ausgegeben.

Berlin, den 12. Januar 1863.

Debitskonto der Gesetzesammlung.

Telegramme der Posener Zeitung.

Dresden, Dienstag, 12. Januar Nachmitt. Das "Dresdner Journal" versichert einer Wiener Mittheilung des "Schwäbischen Merkurs" gegenüber, daß der König von Sachsen in der schleswig-holsteinischen Frage an den Kaiser von Oestreich überhaupt kein Schreiben gerichtet habe.

Frankfurt a. M., Dienstag 12. Jan., Nachmitt. Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlicht die Uebersetzung einer Depesche, die Drouyn de Lhuys unter dem 8. Januar an eine deutsche Regierung gerichtet. Folgendes ist der wesentliche Inhalt: Dem Kaiser Napoleon sei die Einladung der englischen Regierung vom 31. Dezember zu einer Konferenz über die schleswig-holsteinische Angelegenheit zugegangen. Die kaiserliche Regierung müsse jedoch im Hinblick auf das Scheitern eines allgemeinen Kongresses den Vorschlag dieser speziellen in Paris abzuhalenden Konferenz ablehnen. Indessen sei sie nicht unbedingt gegen eine derartige Konferenz. "Die Londoner Konferenz von 1852", fährt die Depesche wörtlich fort, "hat nur ein ohnmächtiges Machwerk zu Stande gebracht; ihre Beschlüsse werden heute von der Mehrzahl der deutschen Staaten zweiten Ranges bestritten, sogar von einigen, welche selbst zugestimmt hatten. Wenn man heute wieder zusammenträte, würde es wesentlich sein, sich auf Bedingungen zu stellen, welche geeignet, Hoffnung auf ein befriedigenderes Resultat zu geben. An erster Stelle würde es wichtig sein, die Konferenz nicht dadurch mit dem Bundestag in Konflikt zu setzen, daß man etwa die Bevollmächtigten einschließe, über Fragen zu berathshülagen, welche schon thatsächlich entschieden sein dürften. Die kaiserliche Regierung hat sich bereits an die Mächte gewandt, um zu erfahren, ob sie geneigt, den aktuellen status quo in Holstein und Schleswig, selbstverstanden mit Vorbehalt der schwedenden Fragen, zum Ausgangspunkt zu nehmen." Drouyn de Lhuys hält die Theilnahme Deutschlands an den Verhandlungen für sehr nützlich, bedauert, daß die Vereinbarungen von 1852 zur Herstellung einer neuen Erbfolgeordnung in Dänemark ohne den Bund vorgenommen seien, bezweifelt, daß der Bund auf dieselben eingehen werde, drückt die Ansicht aus, ein solcher nachträglicher Beitritt sei eher in einem allgemeinen oder engeren Kongresse zu erreichen gewesen, und schließt: "Da aber der Bundestag bei mehreren früheren Gelegenheiten alle Zusagehungen abgelehnt hat, welche dahin zielt, daß die Unterzeichner des Londoner Traktates die Differenzen des Bundes mit Dänemark in die Hand nehmen sollten, so muß der Kaiser, ehe er seinerseits den Vorschlag des englischen Kabinetts annimmt, sich zuvor darüber klar sein, ob die Anschaungsweise der deutschen Staaten in dieser Hinsicht sich geändert hat." Die Depesche schließt mit dem Erzählen an die ... Regierung, ihre Ansicht über den englischen Vorschlag mitzutheilen.

Brüssel, Dienstag, 12. Januar Nachmitt. In Brügge sind die Regierungskandidaten gegen drei mit großen Majoritäten gewählte Klerikale unterlegen. Es herrscht eine beträchtliche Aufregung in der Stadt; Rücktritt des Ministeriums oder Auflösung der Kammer gilt für unvermeidlich.

Stockholm, 12. Januar. Der Herzog von Wermland ist schwer erkrankt. — Gestern ist der Storthing Norwegens wegen der Kriegsrüstungen zu einer ExtraSession einberufen.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 12. Januar. [Die Virchowsche Interpellation und ihre Antwort; die Okkupation Schleswigs; aus dem Abgeordnetenhaus.] Die Antwort, welche der Virchowschen Interpellation gestern Seitens des Ministerpräsidenten ertheilt worden ist, hat noch die letzten Zweifel über das Schick-

sal der Anleihe beseitigt. Wer will es längen, daß, wenn eine Erklärung der Regierung erfolgt wäre, wie sie nach den offiziellen Ausführungen über den Einfluß des dänischen Grundgesetzes auf das Londoner Protokoll immerhin noch erwartet werden konnte, dahin gehend, Preußen erachte sich seit dem 1. Januar an die Londoner Vereinbarungen nicht mehr gebunden, die Bewilligung der Anleihe durch die Fraktionen der Rechten und des Centrums auch heute noch erhebliche Aussichten für sich gehabt hätte? Statt dessen erfolgte noch etwas weniger, als die Ablehnung der Beantwortung an sich. Indem der Minister die Beantwortung der Interpellation von dem Votum des Hauses über die Anleihe abhängig machte, stellte er dem Wunsche der Volksvertretung, endlich eine bestimmte Auskunft über die Absichten und Ziele der Staatsregierung zu erhalten, das Verlangen entgegen, dem Ministerium unbedingt zu vertrauen, ihm die für seine Politik geforderten Geldmittel sans phrase zu bewilligen, und dann wieder anzufragen, für welche Zwecke der beabsichtigte Militäraufwand bestimmt sei. Heißt das nicht, die Interpellation als einen Ausdruck verfrühter Neugierde zurückzuweisen? Hat erst das Abgeordnetenhaus über die Anleihe rezolvirt, dann hat die Erlangung der erwünschten Information in der That nur noch das Interesse der Neugier: gleichviel, wie sie aussfällt, gleichviel, ob die Anleihe bewilligt oder nicht bewilligt ist, irgend einen sachlichen Einfluß kann sie platterdings nicht mehr auf die Beschlüsse des Hauses ausüben. Der Anleihebeschluß erledigt in jedem Falle die Interpellation so vollkommen, als möglich, und die offizielle Presse gibt sich vergebliche Mühe, darauf hin, daß die ministerielle Erklärung als Ablehnung der Beantwortung behandelt worden ist, ihre bekannten Berungslimpfungen des Abgeordnetenhauses dem Lande von Neuem zu insinuiren. Federmann im Lande weiß es, wie sehr die ersten und die folgenden Ausführungen des Ministerpräsidenten über den Standpunkt der Regierung alle möglichen Möglichkeiten des Krieges und Friedens offen ließen, und wie sehr die absichtliche Zögerung in der Beschlusnahme durch den Wunsch der Mehrheit des Abgeordnetenhauses eingegeben war, in der Fortentwicklung der Ereignisse die Regierung endlich eine Politik einzuschlagen zu sehen, für welche man mit gutem Gewissen und freudigem Vertrauen die geforderten Subsidien zur Verfügung stellen könnte. Es ist nicht die Schuld des Abgeordnetenhauses, daß es sich erst jetzt der traurigen Gewißheit nicht länger verschließen kann, jener Wunsch habe jede Aussicht auf Erfüllung, jede weitere Zögerung in der Beschlusnahme den Sinn verloren. Jetzt freilich kann man es als gewiß ansehen, daß Preußen und Oestreich sich keinem auf Anerkennung Friedrichs VIII. gerichteten Majoritätsbeschlüsse des Bundestages zu führen übereingekommen sind. Die Okkupation Schleswigs durch Preußen und Oestreich wird stattfinden, entweder mit Zustimmung des Bundes als Bundesmaßregel, oder ohne den Bund als Executionsmittel der beiden deutschen Großmächte als Mitkontrahenten des Londoner Vertrages Behufs Erzwingung der dänischen Verpflichtungen. Auf die Gefahr, in letzterem Falle die Bundesversammlung zu sprengen, scheint man es antommen lassen zu wollen. Sie sehen, meine gleich am Beginn der jetzigen schleswig-holsteinischen Verwicklungen ausgesprochene Befürchtung, der Streit würde wohl für den inneren Frieden Deutschlands gefährlicher werden, als für Dänemarks Integrität, droht mehr als je sich zu verwirrlichen. Man erwartet hier, daß der Feldmarschall Wrangel nunmehr sehr bald seine ominöse Mission in Schleswig-Holstein als Oberbefehlshaber preußisch-österreichischer Kontingente antreten wird.

Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses hat uns eine Wiederholung der Scene gebracht, welche der letzten Session ihr plötzliches Ende bereitete. Glücklicherweise vermied das ruhigere Temperament Grabow's den drastischen Entschluß, den Herr v. Bockum-Dolffs in jenem Falle verurteilte, und der Zwischenfall wird diesmal voraussichtlich ohne Folgen bleiben. Man sollte glauben, Regierung und Abgeordnetenhaus müßten sich an das gegenwärtige "Brüsselkabinett" nach und nach so gewöhnt haben, daß der Ausdruck "brüsselkabinett" kaum noch verlegen könne. Wenn freilich die Staatskörper in ihrem Zusammenwirken den Boden sachlicher Geschäftsbearbeitung so tief verloren haben, wie es bei uns in Preußen längst der Fall ist, muß die Form der Worte eine naturwidrig hohe Bedeutung erhalten. In der Weise selbst mag man dem Kriegsminister zugestehen, daß sein Schreiben an den patriotischen Verein in Halle den Vorwürfen Löwe's noch keine genügende Unterlage bot: wer den Aufruf des Landrats-Amtes von Ziegenrück mit seiner lamentablen Schilderung der elenden Bekleidung unserer Soldaten gesehen hat, wird über den peinlichen Eindruck und einige bitteren Betrachtungen bezüglich der Vortheile der Reorganisation schwer hinfortkommen.

— Interessant, namentlich nach den Budgetsberathungen des Hauses der Abgeordneten, ist eine Verfügung des Landrats des Danziger Kreises, womit dieser die bekannte "Provinzial-Korrespondenz" auf amtlichem Wege empfiehlt. Der Landrat v. Brauchitsch erklärt darauf hin, daß er die Korrespondenz dem Kreisblatte mit der Bestimmung beilegen lassen wird, "daß sie fortan ein Theil, und zwar ein wesentlicher Theil des Kreisblattes sei". Die Ortsbehörden werden dann "beauftragt, auf das regelmäßige Bekanntwerden und Circuliren des Beiblattes mit dem Kreisblatte zu halten und zur möglichst allgemeinen Verbreitung des Inhalts beizutragen."

— Auch die Simon Schroppsche Landkartenhandlung in Berlin hat eine Karte von Schleswig, Holstein und Lauenburg nebst den angrenzenden Landesteilen, entworfen von F. B. Engelhardt, herausgegeben, die den Vorzug großer Deutlichkeit hat.

Elbing, 11. Januar. Jacob Riesen ist heute, 78 Jahre alt, gestorben.

Oestreich. Wien, 10. Januar. Die Berichte aus allen südlawischen Ländern stellen auch dort die Situation als eine sehr gespannte dar, man hört von nichts als von Truppenaufstellungen, Rüstungen und Volksbewaffnung in Serbien, Rumäniens und sogar in Südrussland. Aus Oestreich stehen weitere Truppenfendungen nach Deutschland, wie es heißt, an 20,000 Mann, bevor. Der Tag des Abmarsches ist jedoch noch nicht festgesetzt und scheint von der weiteren Entwicklung der Dinge

in Holstein bedingt. — Die Eisenbahnpolizei auf der Strecke Wien-Krafau wird jetzt sehr streng gehandhabt, und es vergeht kein Tag, an welchem nicht Verhaftungen von Reisenden vorgenommen werden. (K. B.)

Hannover, 12. Januar, [Teleg.r.] Der Minister des Innern von Hammerstein eröffnete heute der Deputation, welche ihm die Adresse der Landesversammlung vom 10. d. überreichte, es sei bekannt, wie sehr sich der König für die Sache der Herzogthümer interessire. Der König wolle nicht der Entscheidung des Bundestages durch irgend welche Erklärungen vorgreifen. Der Minister verweigerte weitere Erklärungen über die Absichten des Königs sowie der Regierung, indem er bemerkte, es sei keine Veranlassung, die Antwort des Königs ungünstig aufzufassen

Schleswig-Holstein.

Kiel, 10. Januar. Die Gerüchte über Zurückweisung oder Wiederauslieferung dänischer Deserteure durch die Bundesstruppen haben sich nicht bewahrheitet. Über die Stellung, welche die Besatzung Rendsburgs zu der Sache einnimmt, erfahre ich, daß der gegenwärtige Bundeskommandant in Rendsburg, Oberst von Bornberg, erklärt hat, die Bundesstruppen könnten keine dänischen Deserteure annehmen, da kein Krieg sei, aber sie lieferen die Überläufer auch nicht aus, denn das sei keine Polizeisache, in welche sie sich nicht zu mischen hätten. (H. N.)

Hamburg, 11. Januar, Abends. Nach hier eingegangenen Berichten aus Südschleswig wäre das Eis an den meisten Stellen der Schlei so dünn, daß der Übergang größerer Truppenmassen unmöglich erscheint.

— Aus Ratzeburg, 5. Januar, meldet die "Lauenburger Zeitung": Heute traf hier ein preußischer Hauptmann, von einem Unteroffizier begleitet, ein und nahm sämtliches hier noch vorhandene Kriegsmaterial an Pulver und Blei, Armatur und Montur unter Siegel.

— Ueber die letzten Berichte aus Holstein, welche der Bundesversammlung zugegeben sind, wird den "Hamb. Nachr." folgendes mitgetheilt: Die Bundeskommissare erkennen an, daß die Anwesenheit des Herzogs Friedrich im Lande ihnen bisher keine Verlegenheit bereitet habe. General v. Hale fragt an, wie er sich bei der thatfächlichen Weigerung der Dänen, das jenseits der Eider belegene holsteinische Gebiet zu räumen, verhalten solle, und gibt zu verstehen, zur Anwendung von Gewalt seien die ihm zur Verfügung stehenden Truppen zu schwach. Von militärischer Wichtigkeit sei das Kronwerk sammt den sechs Dörfern nicht, wohl aber von kommerzieller für den Rendsburger Verkehr.

— Die "Allg. Ztg." veröffentlicht den Wortlaut der in Gotha vom thüringischen Provinzial-Hilfsverein für Schleswig-Holstein erlaßten vorläufigen Instruktion für die, welche zum Eintritt in ein zu bildendes schleswig-holsteinsches Heer sich melden. Diese Instruktion besagt Folgendes:

1) Die sich Meldenden sind darauf hinzuweisen, daß sie mit ihrer Anmeldung, beziehentlich mit dem Eintritt in das schleswig-holsteinische Heer große und ernste Pflichten übernehmen. 2) Sie verpflichten sich für die Dauer des Krieges gegen Dänemark zur Befreiung der Herzogthümer Schleswig-Holstein zu dienen. 3) Sie treten ein, nicht in ungeordnete Freischaaren oder Freikorps, sondern in reguläre Truppenkörper mit strenger Disziplin und üblichem taktischen Militärverband. Den Organisations- wie allen übrigen Bestimmungen des schleswig-holsteinischen Armeekommandos, namentlich auch den Kriegsgefechten, haben sie sich mit ihrem Eintritt zu unterwerfen. 4) Beim ersten Aufruf des Vororts für den Provinzial-Hilfsverein Thüringen haben sie sich zum Abgang an den ihnen zu bezeichnenden Bestimmungsort bereit zu halten. 5) Diejenigen, welche sich aus eigenen Mitteln ausrüsten, haben sich den allgemeinen Bestimmungen für die Ausrüstung zu unterwerfen. Es werden hierzu Muster zu den Bekleidungs- und Ausrüstungsstücke vorgelegt werden. 6) Sobald je 108 Mann zum Eintritt sich gemeldet haben, wählen dieselben fünf Unteroffiziere und bringen einen zu wählenden Führer in Vorichag. Der Vorort, nach Abhörung der betreffenden Komitees, entscheidet über die Wahl des Führers. Neben die militärische Charge des Führers wird erst bei der definitiven Bildung am Bestimmungsort entschieden. Dem Militärmmando wird die Ernennung und Anteilung der Offiziere, das Eintragen der Kompanien und Bataillone in die Heerordnung vorbehalten. 7) Noch vor dem Aufbruch erfährt jeder Angemeldete, unter welche Abtheilung er gehört. Dabei wird darauf geachtet werden, daß die landshaftliche Verbindung so viel als möglich gewahrt wird. 8) Es wird dafür gesorgt, daß die Freiwilligen nicht gegen ihren Willen zum Dienst als Offizierburde und nicht zu Sanitätsstruppen kommandiert werden.

— Nach einem in der "Goth. Ztg." veröffentlichten Ausweise sind beim herzoglich schleswig-holsteinischen Departement der Finanzen bis zum 5. Januar 66,231 Thlr. 12 Sgr. 6 Pf. an Beiträgen eingegangen.

— Aus Schleswig, 10. Januar, schreibt man: Die dänische Streitmacht beginnt sich immer mehr und mehr in unserer Stadt und ihrer Umgegend zu konzentrieren, bis jetzt mag die Stärke der Armee, so weit sie sich hier gesammelt, gegen 14,000 Mann betragen. Die Stadt ist überfüllt mit Einquartierungen, so daß auch die zur Wieder Wohnenden zum Quartiergeben herangezogen werden. Die Durchschnittszahl der Soldaten, welche ein Häusbesitzer beherbergen muß, ist 10—15 Mann, einzelne sind mit Viertel- und Drittels-Kompanien bedacht worden. So hat ein hiesiger Kaufmann 72 Mann in Quartier, also mehr als eine Drittels-Kompanie. Auch in das adelige, von Einquartierung sonst freie St. Johannis Kloster sind 100 Mann gelegt worden. Die "Freiheit", dem Kloster gegenüber, hat man mit fünf 84-Pfundern armirt, wie denn auch die Aufführung kolossaler Baracken im Dannenwerke feineswegs auf die Absicht schließen läßt, ohne einen erbitterten Kampf Schleswig aufzugeben. Bis jetzt sind vier solcher hölzerner Baracken aufgestellt worden, jede im Werthe von 21,000 Bankthalern und für 1000 Mann berechnet. Man bringt die Armee auf vollständigen Kriegsfuß und ruft sogar die 35-jährigen Leute von Familie, Haus und Hof hinweg und zu den Fahnen ein. Die rüstige Arbeits- und Steuerkraft wird dem Lande entzogen und diesem dabei fast unglaubliche Lieferungsleistungen auferlegt. Es ist unmöglich, daß diese geschraubten Zustände lange so fortgehen können. Die Trainmannschaft ist auf die respektable Höhe von 2500 Mann gebracht worden. Man hofft allgemeine, daß, wenn es zu Feindseligkeiten kommen sollte, der Beginn derselben sich bis zum Frühling

verschleppen wird. Man frohlockt darüber, denn man weiß sehr wohl, daß der Frost der beste Verbündete der deutschen Truppen sein würde.

Schleswig, 8. Januar. An den Fortifikationen in der Dannevirkestellung wird noch beständig gearbeitet. In diesen Tagen ist eine große Anzahl Arbeiter damit beschäftigt, die Hecken und Wälle vor der Stellung in größerem Abstand zu schleifen und die Gräben auszufüllen. Die Abtheilungen beschäftigen sich in der Regel täglich gegen 5 Stunden mit militärischen Übungen.

— Da die Dänen alle Kassen vollständig ausgeleert und mitgenommen haben, sogar 80,000 Thaler Brandkassengelder, so beginnen Stockungen in der Auszahlung der Gehalte einzutreten. So haben z. B. alle Gymnasiallehrer, soweit sie vom Staate befördert werden, und sämtliche Universitätslehrer am 31. Dezember keinen Gehalt bekommen, obwohl sie denselben vierteljährlich postnumerando empfangen. Es steht zu hoffen, daß die Bundeskommissare hier schnell Hilfe schaffen.

Aus Augsburg, 7. Januar. Nach Räumung Holsteins liegt nun auch in östlicher und nordöstlicher Richtung von der Stadt Schleswig nach Angeln herein sehr dicht Militär einquartiert. Der Generalstab der 1. Division liegt zur Zeit in Brodersby an der Schle.

Izehoe, 12. Januar, Mittags. [Teleg. r.] Der „Izehoer Zeitung“ wird aus Schleswig vom 10. geschrieben, daß der Amtmann Johansen aus Husum, von dem Könige abermals aufgefordert, das Ministerium für Schleswig zu übernehmen, nach Kopenhagen abgereist sei und wahrscheinlich annehmen werde. — Nach der „Beschlüssig Tidende“ hat die dänische Regierung alle in der Eidermündung liegenden Fahrzeuge gemietet, um daraus bei Friedrichstadt eine Brücke über die Treene zu schlagen. Das Treenethal sei unter Wasser gesetzt. Bei Schwabstedt würden Militärmagazine angelegt.

Nendsburg, 12. Januar. Die Bundeskommissare sind heute hier angekommen; es heißt, wegen der Sechsörterfrage.

Kopenhagener Nachrichten vom Montage schildern die Situation als der Erhaltung des Friedens sehr günstig.

Großbritannien und Irland.

London, 10. Jan. Die „Morning Post“ schreibt über Schleswig-Holstein: „Ein Aggregat von Räten und Fürstenthümern gibt seit einiger Zeit dem Impuls eines starken Wunsches nach Einigung nach, weil sie eine gemeinsame Sprache sprechen. Aus diesem Grunde suchen sie sich von dem Reste Europa's zu trennen durch einen Bund, der sie der Kontrolle jener diplomatischen Beziehungen entziehen soll, die bisher so große Macht gehabt hatten, die Ruhe in unserem Welttheile zu erhalten. Österreich und Preußen galten bisher für unabhängige Großmächte, denen es Zustand sich durch Separatallianzen, je nach den Interessen ihrer respektiven Höfe, zu binden. Wir sehen sie jetzt im Verbande mit den kleineren Staaten, die Aktion der letzteren anerkennen und selbst ihre feierlichen Verbindlichkeiten dem Entscheid dieses Bundes unterordnen. Der Frankfurter Bundestag ist jetzt nichts mehr, als eine Versammlung von Delegirten der verschiedenen Staaten und Fürstenthümern, die sich deutsch nennen. Der Bundestag hat keine andere Macht über Schwert oder Kasse, als diejenige, welche ihm die freiwilligen Leistungen der einzelnen Mitglieder geben, und doch sehen wir ihn in diesem Augenblick die Besetzung Dänemarks beschließen“ u. s. w. Der „Advertiser“ und der „Daily Telegraph“, die sich sonst so stark auf die deutsche Seite neigen, sind heute mehr dänisch gehalten. Die „Saturday Review“ ermahnt Preußen und Österreich zur „Klugheit und Festigkeit“. Obgleich es mit der Genesis des Vertrages von 1852 etwas faul stehe, so sei doch keine plausible Ausrede für seine summarische Abschaffung vorhanden. Das Verlangen nach unverzüglicher Einverleibung der beiden Herzogtümer sei überspannt und gefährlich, die Loyalität Sachsen und Hannovers fraglich u. s. w. Andererseits glaubt sie, daß Dänemark selbst den Einmarsch deutscher, namentlich österreichischer Truppen in Schleswig gestatten könnte, ohne dabei viel zu befürchten, d. h. falls Aussicht auf eine Konferenz da wäre. Der „Spectator“ glaubt, daß es kaum möglich sein werde, den Krieg zu verhindern oder ein feindseliges Auftreten gegen Deutschland zu vermeiden. Ein Krieg zwischen England und Deutschland wäre ein so kolossales und zugleich groteskes Unglück, daß selbst politische Träumer gewöhnt seien, sich diese Möglichkeit aus dem Sinne zu schlagen. Und doch scheint England einer solchen Katastrophe entgegenzutreten; denn falls die auf Englands Rath geschehene Räumung Holsteins den Dänen auch eine Invasion Schleswigs zuziehen sollte, so wäre es von England eine Chrofostigkeit, den Dänen nicht mit gewaffneter Hand beizustehen. Gut sei es daher, daß die Kanalflotte heimbeordert worden. Der „Economist“ äußert sich sehr unmuthig, aber unschlüssig. Das Recht sei halb auf dänischer, halb auf deutscher Seite; Racenfeindschaften seien kaum anders als durch Trennung heilbar. Andererseits seien die Deutschen in ihrer „biertrunkenen“ Philosophie und Aufgeblasenheit sehr infonquent. Sie wollten Krieg, um die Dänen nicht über Deutsche herrschen zu lassen; und zugleich Krieg, um Italiener zu zwingen, sich von Deutschen, und Polen zu zwingen, sich von Kosaken beherrschen zu lassen. „Aber“, schließt der Artikel, „nie vielleicht haben wir so wenig Lust verspürt, uns in einen festländischen Streit zu mischen, und selten hat die Nation als Ganzes sich so wenig für einen festländischen Bank interessirt.“

Frankreich.

Paris, 10. Jan. Die Gerichtszeitungen „Droit“ und „Tribunaux“ bringen Einzelheiten über den Thatbestand des Attentats. Danach wäre Mazzini der Organisator und Leiter. Im September oder Oktober hätte er die vier Männer nach Lugano kommen lassen und dort mit vier Dolchen, vier Revolvern und acht Bomben ausgerüstet, wovon vier aus London bezogen und vier in Genf angefertigt worden wären. Greco als Leiter der Ausführung empfing, bevor er mit seinen Genossen nach Paris abging, von Mazzini 4000 Frs. und die Anweisung, wenn er mehr bedürfe, sich an ihn nach London zu wenden. Die Adresse, von Mazzini's eigener Hand geschrieben, ist bei Greco gefunden worden, desgleichen eine ebenfalls von Mazzini selbst geschriebene Instruktion, ein Chiffreschlüssel, zwei Photographien Mazzini's und ein Brief Imperatori's an Mazzini mit der Bitte, ihn an dem Attentat Theil nehmen zu lassen. Am 25. December waren alle vier nach Paris gekommen und hatten Alles vorbereitet, um das Attentat auf den Kaiser in den ersten Tagen der vergangenen Woche zur Ausführung zu bringen. Aber das Geld war ihnen ausgegangen; die 4000 Frs. hatten sie zum großen Theil verbraucht. Greco schrieb an Mazzini nach London um neues Geld, aber noch ehe die Antwort kam, trat die Polizei ein und verhaftete die Verschworenen. Dieser Tage ist nun wirklich ein mit 500 Frs. be schwerter Brief von Mazzini an Greco hier angelangt. Imperatori und Trabucco sind Garibaldianer und tragen die Marsalamedaille. Saglio ist erst 22 Jahre alt und sehr zerknirscht. Greco dagegen hat in frechster

Weise Alles gestanden; der Kaiser sollte, sobald die Bomben geworfen waren, mit den Revolvern und vergifteten Dolchen überfallen werden.

— Die „Opin. Nationale“ bringt nähere Nachrichten über die Auflösung des Regierungs-Triumvirs in Mexico. Der Erzbischof Labastida hatte ausdrücklich verlangt, daß die Säcularisation der Güter der Geistlichkeit wieder aufgehoben, die Verkäufe für wichtig erklärt und die Bischofs und religiösen Kongregationen wieder in den Besitz aller der ungeheuren Güter gesetzt würden, welche sie vor 1857 besessen. Als General Bazaine dies rund abschlug, trat der Bischof aus der Regentschaft zurück, schloß die Kathedrale zu und drohte dem General mit Exkommunikation. Der Stadtkommandant von Mexico, General Neigre, ließ sich indessen dadurch nicht schrecken, sondern machte kurzen Prozeß, rückte mit der ganzen französischen Garnison, etwa 3000 Mann, vor die Kathedrale und drohte, sich den Eingang zu erwingen, wenn die Kirchthüren nicht sofort geöffnet würden. Nun erschloß sich die Kirche, und die Messe begann, der Neigre mit seinen 3000 Mann bewohnte. Nach Empfang des erzbischöflichen Segens zog die Garnison wieder in ihre Quartiere.

— Der „Moniteur“ vervollständigt heute die gestern von der

„France“ gebrachten Mittheilungen aus Madagaskar. Die Krönung der Königin hatte im Oktober stattgefunden. Wenige Tage zuvor war eine Expedition nach dem westlichen Theile von Emerina abgegangen, wo ein Aufstand ausgebrochen war. An mehreren Punkten des Landes weigert sich das malagassische Volk, die Königin anzuerkennen, weil es glaubt, daß Radama noch lebe. Dieses Geheimnis ist übrigens noch nicht aufgeklärt. Zwei Gesandte der Königin sollten nach Europa gehen, um mit England und Frankreich zu unterhandeln.

— Durch kaiserliches Dekret vom gestrigen Tage ist in Nancy, wo von 1572 bis zur Revolution eine Universität bestand, wieder eine juristische Fakultät mit sieben Lehrstühlen (drei für den Code Napoleon und je einen für Römisches, Handels- und Verwaltungsrecht, sowie für Civil- und Kriminal-Prozeß) errichtet worden. Der dritte Dekret heute im „Moniteur“ vorangedruckte Bericht des Unterrichtsministers führt unter anderen Gründen auch den an, daß, wie ehemals die lothringische Universität, Nancy nun auch wieder stark von Ausländern, namentlich aus den Rheinlanden, besucht werden würde, um dort außer der Wissenschaft auch die reinere Aussprache des Französischen zu erlernen. Uebrigens wird der Staat von der neuen Fakultät keine Kosten haben; die Stadt Nancy will für Alles sorgen und hat bereits mit einem Aufwande von einer Million Franken das Universitäts-Gebäude aufgeführt.

— Heute meldet das „Pays“, das spanische Schiff, welches die anamitische Gesandtschaft an Bord genommen, habe am 27. Dez. vor Messina Untergang.

— Von Oran ist am 4. d. der Transportdampfer „Saone“ mit Truppen nach Vera-Cruz abgegangen.

Italien.

Turin, 9. Januar. Der „Stampa“, der „Opinione“ und anderen italienischen Blättern zufolge gibt sich in Italien eine allgemeine Entrüstung über das in Paris entdeckte Komplott. Die erwähnten Journale erklären, ein Attentat auf das Leben des Kaisers Napoleon könne nur von den Feinden der Unabhängigkeit Italiens oder von jener unverbesserlichen Sekte ausgehen, die der vaterländischen Sache schon so viel geschadet habe.

Spanien.

Madrid, 9. Jan. In der heutigen Senatsitzung erklärte Narvaez, er habe Gibraltar stets als zu Spanien gehörig betrachtet und bedauere, daß die spanische Regierung nicht schon seit langer Zeit Vorstellungen in Bezug darauf gemacht habe. — Man erwartet auf Anlaß der Verfassungsfrage einige Modifizierungen im Ministerium. — Die Blätter melden, daß Vertreter der auswärtigen Inhaber von Schuld-scheinen der tilgbaren Schuld in Madrid angekommen sind.

Australien und Polen.

Warschau, 8. Januar. [Entdeckung geheimer Druckereien; der Zustand der Insurrektion; die sogenannte Loyalitäts-Adresse.] Dem amtlichen Blatte zufolge sind wieder zwei geheime Druckereien entdeckt worden. In einem Hause Ozielnastraße Nr. 2373 wurden in einem zur Wohnung eines amnestierten Emigranten, Napierkowski, gehörigen Zimmer eine Niederlage von Druckschriften und anderer zu einer Druckerei gehöriger Gegenstände, aber ohne Presse, vorgefunden, wie auch Manuskripte einer Proklamation der geheimen Regierung, Tagesbefehle an das Nationalheer von der Kriegs-abtheilung dieser Regierung und andere revolutionäre Schriften. In dem Hause Nr. 227 auf der Brückenstraße (mostowa) fand man in einem Zimmer im zweiten Stock dieses noch nicht ausgebauten und bis jetzt noch unbewohnten Hauses eine vollständige Druckerei und ungefähr 800 frischgedruckte, noch feuchte Exemplare der obigen Manuskripte. In Folge dieser Entdeckungen haben zahlreiche Verhaftungen stattgefunden. — Mein geschätzter hiesiger Kollege behauptet in seiner Korrespondenz vom 3. Januar an Ihre Zeitung, daß die Darstellung des „Dziennik pow.“ vom 1. Januar, worin gefragt wird, der Aufstand könne als beinahe unterdrückt betrachtet werden, mehr als eine Uebertreibung sei. Zur Befestigung dieser Behauptung führt der Korrespondent den Umstand an, daß General Krul im Lublinschen über mehr als 4000 Mann das Kommando führe, und daß Boffal im Gouvernement Radom eine noch größere Anzahl unter seinen Befehlen habe. Freilich, seit Ihr Herr Korrespondent hinzu, sind die Insurgenten in sehr kleine Trupps getheilt. Glaubt der Herr, daß diese vereinzelten Trupps noch lange der zahlreichen russischen Armee, oder vielmehr den militärpolizeilichen Maßregeln, die jetzt in Ausführung kommen sollen, widerstehen können? Will er der Wahrheit die Ehre geben, so wird er gestehen müssen, daß das Maß des Elends für unser unglückliches Land übervoll sei, und daß mit Aus-schluß Derer, die bei geregelten ruhigen Zuständen nichts zu gewinnen und Alles zu verlieren befürchten, das ganze Land dem Ende dieses hoffnungslosen Kampfes mit schmerzlicher Sehnsucht entgegensehe.

Was die Loyalitäts-Adressen betrifft, die hier jetzt von den Einwohnern unterschrieben werden, sehe ich mich veranlaßt, die über dieselben umlaufenden Gerichte zu berichten. Ob in der Provinz Zwangs-massregeln zur Unterzeichnung derselben angewandt werden, will ich weder behaupten noch bestreiten, weil ich darüber eben nur gerüchtweise etwas vernommen habe; wenn aber dieje Sache eben so wie hier betrieben wird, kann von Zwang gar nicht die Rede sein. Hier wenigstens habe ich von Niemand gehört, daß er zur Unterzeichnung gezwungen worden sei. Ein Theil der hiesigen Einwohner sieht ein, es müsse etwas gethan werden, um dem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, und sie glauben dies am ehesten zu können, wenn sie ihr Bereitwilligkett dazu bezeugen. Es ist nicht richtig, wenn behauptet wird, die hiesigen jüdischen Einwohner seien zuerst zur Unterzeichnung der Adressen aufgefordert worden und hätten den Anfang gemacht. In allen Stadttheilen werden gleichzeitig

Unterschriften gesammelt und meistentheils von den resp. Hausbesitzern selbst. Die Polizei beteiligt sich dabei fast gar nicht, außer daß beim Kommissar die ausgefüllten Bogen abgegeben werden. In dem Hause, in dem ich wohne, und das in einem der belebtesten Stadttheile liegt, sind die Einwohner bis jetzt zur Unterschrift nicht aufgefordert worden. Uebrigens kann ich Sie versichern, daß, so viel ich erfahren habe, noch Niemand seine Unterschrift verweigert hat, trotzdem, wie man mir heute erzählt, in der Stadt wieder eine gedruckte Aufforderung vom revolutionären Stadt-Chef circuliert, welche das Unterzeichnen der Adressen als Verbrechen am Vaterlande verbietet. Mir ist dies Verbot noch nicht zu Händen gekommen; ich werde indeß nicht versäumen, es Ihnen zur Zeit mitzuteilen. (Bresl. 3.)

Von der polnischen Grenze, 10. Januar. Unter den Insurgentenführern im Lublinschen waren Mitte vor. Wts. ernste Konflikte ausgebrochen, welche die Auflösung zweier Insurgenten-Abtheilungen zur Folge hatten. Der Oberbefehlshaber Krul hatte nämlich aus Rücksichten der militärischen Disciplin angeordnet, daß die Abtheilungen unter Krysiński und Cwiel aufgelöst und die Offiziere und Mannschaften anderen Abtheilungen zugetheilt werden sollten. Krysiński war damals an der Gallizischen Grenze mit der Organisirung neuer Verbündungen für seine Abtheilung beschäftigt. Seine Offiziere und Mannschaften, welche unter seiner Anführung über 30 Gefechte mitgemacht und daher das größte Verdienst zu ihm hatten, widerstetzen sich der angeordneten Auflösung und erklärten, daß sie nur unter Krysiński's Führung weiter dienen würden. Krul berief sofort ein Kriegsgericht, das unter seinem Vorsitz Krysiński, dem Schuld gegeben war, daß er nichts zur Verhüting der meuterischen Abtheilungen gethan hätte, zur Degradation zum Gemeinen und 12 Offiziere, von denen die Meuterei ausgegangen war, zum Tode verurtheilte. In Folge dieses kriegsgerichtlichen Urteils lösten beide Abtheilungen, die damals eine Gesamtstärke von etwa 500 Mann hatten, sich freiwillig auf und die Offiziere und Mannschaften lehrten, den Dienst quittieren, in ihre Heimat zurück. Wie polnische Blätter wissen wollen, hat die National-Regierung Krysiński nach näherer Untersuchung seiner Sache für unschuldig erklärt und das gegen ihn ergangene kriegsgerichtliche Urteil kassirt. Die 12 zum Tode verurtheilten Offiziere hatten aber den Tod wirklich erlitten. Der Lemberger „Gazeta narodowa“ zufolge haben Krysiński und Cwiel sich an der Gallizischen Grenze neue Abtheilungen gebildet, mit denen sie kurz vor Neujahr in das Lublinsche einrückten; sie sollen aber die Absicht haben, sich unter das Ober-Kommando des im Sandomirischen und Krakauischen operierenden Insurgenten-Chefs Bofal zu stellen. — Anfangs voriger Woche rückten im Sandomirischen und Krakauischen gleichzeitig mehrere russische Detachements aus ihren Garnisonen, um die längs der galizischen Grenze gelegenen Wälder und Gutshöfe nach Überresten früherer Insurgenten-Abtheilungen abzusuchen. Zwei der ausgesandten Detachements kehrten schon nach einigen Tagen mit einer Anzahl von aufgegriffenen Insurgents und Personen, die denselben Schutz gewährt hatten, in ihre Garnisonen zurück; die übrigen, die auf kleine berittene Abtheilungen sogenannter Hänge-Gendarmen, die auch im Winter ihre Streifzüge fortsetzen, gestoßen waren, sind noch mit Verfolgung derselben beschäftigt. (Ost. 3.)

Vom Landtage.

Haus der Abgeordneten.

Berlin, 11. Januar. [24. Sitzung Schluf.] Abg. v. Bindendorff: Der Abg. Graf Schwerin hat schon im Allgemeinen den Standpunkt dargelegt, den unsere Partei in dieser Frage einnimmt, und wenn ich auch in manchen Punkten eine Berringerung der von der Regierung geforderten Summe wünsche, so ist für mich die Hauptfache doch jetzt die, daß das Vaterland in Gefahr ist, und in einer solchen Lage werde ich jedem Ministerium Geld bewilligen. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß da nur die Landesvertretung das Recht hat, Gelder zu bewilligen und zu verwerfen, sie auch das Recht hat, sich um die ihr zweckmäßig schenende Verwendung derselben zu bemühen und dadurch möglicherweise auf die auswärtige Politik einen Einfluß auszuüben.

Abg. Reichenberg: Ich bin kein absoluter Gegner der Militär-Reorganisation, und lege mir also die Frage vor, welche Bedeutung eigentlich den Kommissionsanträgen beizulegen sei. Da drängt sich nur dann die Überzeugung auf, daß, wenn gleich das Recht der Geldbenennung ein fundamentales Recht der Landesvertretung ist, dieselbe doch nicht bloß Rechte haben, sondern auch Pflichten, mag von dieser letzteren auch nicht in der Verfassungskunde geschrieben stehen. Und nur weil man dessen nicht stets eingedenkt abeweist, hat ein beständiges Schwanken zwischen Anarchie und Absolutismus stattfinden können. Das zu scharf angepannte Budgetrecht kann nicht beispiel wirken für unser Land, denn man darf nicht vergessen, daß das Verfassungsschreiben bei uns noch nicht so feste Wurzeln hat, wie etwa in England, sondern daß es nur als ein schwacher Ableger einer fremden Eiche in unserem Boden, der ja nur Sandboden, verfaßt worden ist. Die Majorität muß besonders gewarnt werden vor Selbstüberschätzung; denn es ist die demokratische Geistigkeit keineswegs so allgemein, wie man vorgiebt, und sodann frage ich: was hat denn den heutigen Liberalismus überhaupt bei uns geweckt, wenn nicht das Wort der Krone? Ohne dieses Wort wäre vielleicht bis zu dieser Stunde das Ministerium Mantenuß am Ruder. Ja, noch mehr: die gegenwärtige, der Staatsregierung feindliche Majorität des Hauses ist nur ein Geschöpf des Ministeriums, welches den Bogen zu scharrt gewappnet, so daß das Land irrthümlich geglaubt hat, es sei die beste Politik, die schroffen Gegner des Ministeriums in dieses Haus zu schicken. Ich meine daher, Sie, von der Majorität, sollten der von der Krone ausgegangenen liberalen Bewegung nicht mit Un dank lohnen. Zur Sache selbst führt der Redner aus, daß das Staatsministerium die gegenwärtige schwierige Lage nur als Erfüllung des Ministeriums der neuen Ära überkommen habe und daß, um aus dieser Lage herauszufommen, von beiden Theilen verschiedne Schritte zurückspringen werden müßten. Beide Theile bilden sich Rückichtslosigkeiten zu Schulden kommen lassen, und das Ministerium überdiess dadurch ein formelles Unrecht auf sich geladen, daß es nicht eine Indemnitätserklärung beantragt habe, nachdem seinerseits gewisse, vom Hause nicht bewilligte Summen verausgabt worden wären. Niemand werde leugnen, daß unsere zweijährige Budgetlosigkeit sich nicht im Einlaufe befindet mit der Verfassung; aber die Kommission, und mit ihr das Haus, konnte viel zur Lösung der Schwierigkeit durch die Erklärung beitragen; es walte nicht die Absicht ob, schlechthin zu streichen, bloß um der Staatsregierung entgegenzuwirken. Wenn dem gegenüber die Regierung auf die Forderung der zweijährigen Dienstzeit, welche nach meiner und des Landes Meinung das Wichtigste ist, einging, so könnte das Haus sich immerhin bereit finden zu lassen, die Geldforderungen der Regierung zu bewilligen. Es ist zu bedauern, daß die Kommission nicht diesen guten Willen gezeigt hat; ich selber habe mich eines dahin ziellenden Antrages enthalten, weil meine Erfahrungen mir sagen, daß Sie, die Majorität, ihn doch verwerfen würden. — Nachdem Redner noch angedeutet, daß eine Bestenreitung der nicht zur Armee Eingegebenen zu Gunsten der Eingegebenen zweckmäßig sein würde, fährt er fort: Jetzt wird es sich zeigen, ob das Haus ein klares, richtiges Bewußtsein seiner Rechte und seiner Pflichten hat, jetzt, da es sich um die Bewilligung oder die Ablehnung der Regierungsforderungen handelt. Ich selber erkläre im Vor- aus, daß ich für meine Partei auch auf diesem Gebiete einen billigen Vergleich dem festesten Rechtsstreite vorziehe.

Abg. Graf Culenburg: Das Wort, daß die Militärfrage zu einer Rechts- und Verfassungsfrage angewachsen ist, findet seinen Ausdruck in dem Eingange des Kommissions-Berichtes. Dieser vindiziert der Landesvertretung das Recht, Ausgaben zu bewilligen und die Pflicht von diesem Rechte im gegenwärtigen Falle nach einer bestimmten Richtung hin Gebrauch zu machen. Es ist aber zu unterscheiden, ob es sich um Positionen handelt, welche auf einer rechtlichen Verpflichtung des Staates basirt sind, oder um

solche Positionen, die die Regierung auf neue Ausgaben verwinden will. Ich bin nach einem Rücksicht auf die parlamentarische Geschichte der Neoreorganisation fest überzeugt, daß bei der Billigung der ersten Posten weder die Regierung noch die Billigenden daran gedacht haben, daß es sich nur um eine vorübergehende Einrichtung handle. (Lebhafte Widerprüfung links.) Durch das hat die Volksvertretung gleichsam eine moralische Verpflichtung übernommen, die für die Neoreorganisation nothwendigen Geldmittel zu bewilligen. Ein Rückgängigmachen der Neoreorganisation wäre die Auflösung der Armee und würde die Wehrlosmachung des Landes herbeiführen. Nicht Alle, welche gegen die Neoreorganisation sind, wollen die Armee auf den Zustand von vor 1859 zurückführen; zum Beweise dafür verliest Redner einige Stellen aus einer Red. des Abg. für Waldburg (damals für Berlin), zweiten, im Herbst 1862. Die Neoreorganisation ist, schließt der Redner mit den Worten der Königl. Thronrede vom Jahre 1862, bestimmt, das Land sicher zu stellen, und deshalb halte ich es für meine Pflicht, dafür zu stimmen.

Abg. v. Stavenhagen (auf der Journalistentribüne leider nur teilweise verständlich): Ich erkenne mit Vergnügen an, daß der Herr Voredner von seinem Standpunkte aus die Majorität des Abgeordnetenhauses einer sehr billigen Beurtheilung unterworfen hat. Er befindet sich aber in einer sehr starken, wenn auch durch die Neutheit seines Mandats entzündlichen Täuschung, wenn er meint, daß die Volksvertretung bei ihrem Votum im Jahre 1860 sehr gut gewußt habe, daß sie zu dauernden Einrichtungen Geld bewillige. Ich, als damaliger Referent über den Militäretat, kann ihm die Berichtigung geben, daß damals Niemand daran gedacht hat, und als von einer Seite derartige Befürchtungen erhoben wurden, habe ich entgegnet: Wenn man befürchte, das Geld werde für dauernde Ausgaben verwendet werden, dann müßte man die Minister nicht für ehrliche Männer halten. (Hört! hört!) Der Abg. Reichenberger hat das Ministerium damit zu entschuldigen gefucht, daß es die Neoreorganisation als „Erschaft“ überkommen habe; er scheint aber zu vergessen, daß in dieser Erschaft der Herr Kriegsminister mit einbezogen ist. (Heiterkeit, Bravo.) Derselbe Abgeordnete hat zugleich die Bemerkung gemacht, ein magerer Vergleich sei besser als ein fetter Prozeß. Ich gebe das gern zu, aber zu einem Vergleich gehören doch immer zwei. (Bustimme.) Die Regierung hat zwar offiziell und nicht offiziell zu verschiedenen Seiten den Wunsch nach Verständigung ausgesprochen, aber wenn ein solcher Wunsch aufrichtig gemeint sein soll, dann muß auch von jeder der beiden Seiten etwas nachgelassen werden. Die Staatsregierung hat aber nichts Wesentliches von dem nachgelassen, was sie der Haushalte nach vom Hause verlangt hat. Die neueste Vorlage der Regierung enthält im Wesentlichen alles Das, was schon im Jahre 1860 verlangt worden ist. (Bustimme.) Wenn endlich der Abg. Reichenberger meint, in auswärtigen Fragen müßte die Landesvertretung die von der Regierung geforderten Gelder ohne Bedingung bewilligen, so muß ich diesen Grundsatz doch ganz entschieden bekämpfen. Wenn das Ministerium Geld zu einer Politik verlangt, von der ich überzeugt bin, daß es das Land in Gefahr bringt, ja ins Verderben stürzen kann, so bin ich verpflichtet, das Geld zu einer solchen Politik zu verweigern. Es wäre ja nicht unmöglich, daß der Herr Ministerpräsident nach einigen Wochen vielleicht von uns 30 Millionen fordern könnte, um die übrigen deutschen Staaten mit Gewalt zu seiner Politik zu befehlen. Und wenn Galen und Rad ein vereinendes Votum bedrohten, würde ich die Mittel zu einer solchen Aktion verweigern. (Lebhafte Bravo.) Der Referent hat mit Unrecht heute behauptet, es töne in dieser Frage nichts Neues mehr vorgeführt werden; denn von dem Abg. Frhr. v. d. Heydt haben wir heute Blasphemagelieus gehört. (Allzeitige Heiterkeit und Bustimme.) Ich war heute auch nicht wenig überrascht, den gebreiten Herrn Abgeordneten in ihrer brüderlichen Gemeinschaft mit dem Herrn Kriegsminister zu sehen, die ich gerade in der Neoreorganisation für feindliche Brüder gehalten habe. (Heiterkeit.) Der Herr Kriegsminister hat heute wieder die Neoreorganisationsfrage mit der Pflicht der Selbstverhältnis des Staates in Verbindung gebracht; es ist dies das alte bequeme Feld der subjektiven Willkür, das immer betreten wird, wenn das Ministerium anderer Meinung wie das Hause ist. (Bravo.) Es ist auch von ihm die Behauptung wiederholt worden, die Neoreorganisation enthalte eine Erleichterung für die älteren Jahresklassen der Landwehr. Diese angeblichen Vorteile der Neoreorganisation beruhen auf einer Täuschung; diese Erleichterungen hängen lediglich von einer höheren Rekrutierung ab und würden auch dann eingetreten sein, wenn an der gesetzlichen Heeresorganisation von 1859 nicht ein Titelchen geändert und die Aushebung von 40,000 auf 60,000 Mann erhöht wäre (Bravo und Bustimme). Endlich muß ich auch den vom Kriegsminister dem Hause gemachten Vorwurf der Tendenzpolitik zurückweisen. Das Hause hat keine Vorlage der Regierung, die es an und für sich für beispielhaft gehalten, nur weil sie von diesem Ministerium ausgegangen ist. Das allerdings gebe ich dem Herrn Minister zu, daß wir bereit sind, Alles zu thun, was dieses Ministerium zu befehligen im Stande ist. (Lebhafte Bravo.)

Abg. v. Mitschke-Collande vertheidigt die Heeresorganisation; soweit bei der Unruhe und der Konversation im Hause zu verstehen ist, behauptete der Redner, die Neoreorganisation habe im Lande darum keinen Erfolg gefunden, weil man geglaubt habe, sie solle die Landwehrreinrichtung, welche 1813, 14, 15 das Vaterland gerettet habe, verdrängen, seitdem man sich aber überzeugt habe, daß die Landwehr noch ebenso wie früher in Funktion bleibe, habe man sich im Lande für die Einrichtung begeistert. Im Kriege werde auf die Landwehr ganz gewiß zurückgegriffen werden, aber in unserer jetzigen Zeit müßten Demonstrationen gemacht werden (Gelächter) und dazu könne man die Landwehr nicht brauchen. (Schr richtig!) — Die Unruhe im Hause wächst während der Fortsetzung der Rede zu bedeutend, daß mir noch einzelne Worte und Sätze zu verstehen sind, aus welchen hervorgeht, daß Redner Stärke und Kosten der Armee zu verschiedenen Seiten mit der Bevölkerungsstärke des Landes vergleicht und danach den gegenwärtigen Zustand für einen vergleichsweise vortheilhaftesten hält.

Abg. Schulze (Berlin): Gegen die Gegner des Kommissionsantrages müssen wir gelten machen; wir berathen hier den Friedensetat und wollen nicht darüber entscheiden, ob einem großen Kriege gegenüber der geforderte Militäretat genügt. Gegen den Kriegsminister muß ich einwenden, daß die Entscheidung des Hauses in der jetzt schwelenden Frage nicht erst in den Kommissionen hat entschieden zu werden brauchen: ich glaube, es ist kein Mitglied in diesem Hause, daß wie die Sachen jetzt liegen, nicht schon bei seinem Eintritt in seinem Urtheil über die zur Entscheidung liegende Angelegenheit mit sich einig gewesen wäre (Beifall). Die Kommission hat sich die Frage selbst vorgelegt, ob man unter den jetzigen Verhältnissen trod der geistreichen Neoreorganisationstheorie die Desorganisation der Armee zulassen dürfe. Diese Frage ist bereits in den Kommissionsberichten und Debatten des Jahres 1862 verneinend entschieden worden und es ist ungerechtfertigt, wenn der Kriegsminister uns diese Ansicht impfirt (Bravo!). Der Herr Minister hat uns eben so angerufen, wir trieben in unseren Agitationen ein hohes und gefährliches Spiel. Meine Herren! Wo es sich um die Schaffung eines Verfassungstaates gehandelt hat, da haben sich die Ereignisse noch niemals glatt und ruhig entwickelt und ich möchte doch meinen, daß der uns gemachte Vorwurf doch eben so oft der entgegenstehenden Seite zu machen gewesen sei; auch von der andern Seite sei manchmal ein hohes Spiel getrieben worden. (Lebhafte Beifall.) — Unsere Verfassung gibt uns das Steuerbewilligungsrecht nur sehr bedingt; wir haben über neue Steuern und Anteilen, welche ja auch nur vorweg genommene Steuern sind, zu entscheiden, und in dem Augenblick, wo wir unter geringes Recht ausüben wollen, um dadurch auf die auswärtige Politik einzuwirken, wird es uns streitig gemacht. Der Abg. Reichenberger hat gesagt, der Anstoß zur freien staatlichen Entwicklung Preußens sei von oben ausgegangen; ich glaube, in meinem und meiner Freunde Namen gegen solche gerichtete Freiheiten protestieren zu müssen; wenn irgend ein Volk ein Anrecht auf Freiheit und Verfassung hat, so ist es das preußische, welches sich die Zusage derselben in der Stunde der höchsten Gefahr durch die größten Opfer für König und Vaterland erworben hat. (Lebhafte Bravo.)

Der zum dritten Male beantragte Schluß der Debatte wird nunmehr angenommen.

Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. v. d. Heydt vertheidigt sich gegen die ihm von den Abg. Twesten und Stavenhagen gemachten Vorwürfe und geht unter großer Unruhe des Hauses auf die Auffassung ein, von der er sich als Mitglied des Staatsministeriums hat leiten lassen. — Ruf: „Das ist eine persönliche Bemerkung.“ — Vicepräsident v. Urruh erfreut: Was die Urtheil darüber ihm zu überlassen. — Abg. v. d. Heydt fährt fort: Was die Budgetlokalität betreffe, so nehme an diesem Verbrechen jeder Abgeordnete Theil, der sich seine Diäten, jeder Beamte, der sich sein Gehalt zahlen lasse. (Heiterkeit.) Es sei eine ganz falsche Auffassung seines Austritts aus dem Ministerium, wenn man ihn und den Kriegsminister hier als die „feindlichen Brüder“ dargestellt habe; sein fehnlichster Wunsch sei es wenigstens gewesen,

in Gemeinschaft mit demselben diese hochwichtige Angelegenheit zum Abschluß zu bringen. — Abg. Graf Schwerin: Er wolle jene Latitudo, welche dem Voredner in Bezug auf seine persönliche Bemerkung gestattet worden sei, seinerseits nicht in Anpruch nehmen, um denen schon oft entwickelte Budgettheorien zu widerlegen. Er und seine Freunde hielten die Neoreorganisation für ein an sich gutes Werk; seine Hinweitung auf die kriegerischen Verbesserungen sollen nicht die Bedeutung haben, als läge in denselben das Motiv für ihre Abstimmungen; sie seien prinzipiell für dieselbe. Die gegenwärtige Lage könne also höchstens administrativ Gründe bieten. Was die Vorwürfe betreffe, welche der Abg. Reichenberger auf die „neue Aera“ geschlendert, als habe sie den Verfassungskonflikt verschuldet, so sei er bereit, seine Wirksamkeit als Minister jeder Zeit zu vertreten; ad vocem. Erschaft, wolle er bemerken, daß der Erblasser doch unmöglich die Verantwortlichkeit für den Geschäftstrage, welchen der Erbe von der Erschaft mache. (Sehr gut! Heiterkeit.) — Vicepräsident v. Urruh: Es halte es für seine Pflicht, Abgeordnete, welche wegen ihrer Wirksamkeit als frühere Mitglieder des Staatsministeriums angegriffen worden waren, eine Befreiung gegen diese Angriffe im Wege der parlamentarischen Bemerkung zu gestatten. — Abg. Reichenberger: Er habe nicht von der Verfassung, sondern von dem Aufschwung, welchen der liberalen Partei in neuerer Zeit genommen, gesagt, daß er durch das Wort Sr. Majestät ins Leben gerufen worden sei.

Abg. Jung vertheidigt sich dagegen, als habe er die gänzliche Befreiung der Verfassung für die Wünschenswertere erklärt; er habe nur aus der Anschauung des Kaisers Nicolaus herausgedeutet, daß es der Konsequenz entsprechen würde, wenn das Ministerium endlich die konstitutionelle Maske fallen ließe.

Berichterstatter Baron Baerst: Was ich noch hätte hinzufügen können, das ist von den Vorednern schon beigebracht worden, und ich habe dem Abgeordneten für Biengenrat nur entgegen, daß, wie er selber als ehemaliger Finanzminister am besten zu würdigen wissen wird, dauernde Billigungen nur im Ordinarium geschehen, während im Jahre 1861 die Kosten der Neoreorganisation ausdrücklich nur im Extraordinarium bewilligt worden seien. Die Billigung ist um deshalb nur eine einmalige gewesen. Niemand hat das Recht daraus zu deduciren, daß das Haus die Neoreorganisation billigt habe, und sich darauf zu berufen, daß damals „ein Widerpruch“ stattgefunden habe. Dem Herrn Kriegsminister entgegne ich, daß dieses Haus nichts gegen die Armee, welche die Nation als ihr theuerstes Gut betrachtet, nichts gegen das Vaterland thut, sondern daß es einzig und allein nur die Herstellung des legalen Aufstandes will. Was ich früher gesagt, wiederhole ich auch heute noch: wenn im Jahre 1860 das Neoreorganisationsgesetz verfassungsmäßig vereinbart worden wäre, so befänden wir uns nicht in dem gegenwärtigen Konflikte, den wir Alle tief beklagen. Wir haben bis zum Jahre 1861 eine gute Armee gehabt mit einem Budget von 33 Millionen, und diese Armee hat man angefaßt, um an ihre Stelle die Einrichtungen der Neoreorganisation unter bedeutenden höheren Geldforderungen zu setzen. Ich empfehle Ihnen, die Kommissionsanträge anzunehmen. — Die Specialdebatte wird auf morgen vertagt.

Der Handelsminister Graf Isenpohl bringt nunmehr die beiden, bei Beginn der Sitzung angekündigten Eisenbahnvorlagen ein. Die erste enthält eine 4%ige Zinsgarantie für den auf 11 Millionen verantragten, von der Rheinischen Eisenbahngesellschaft übernommenen Bau einer Eisenbahn von Trier nach Cöln durch die Eifel; die zweite einen Buschus à fond perdu von 140,000 Thlr. für die Eisenbahn von Insterburg nach Tilsit (8 Meilen) und von 12,000 Thlr. pro Meile für die (etwa 30 Meilen lange) Eisenbahn von Pillau über Königsberg nach Pst. Diese Bahn habe eine große Zukunft; sie solle später nach Grodno zum Anschluß an die Warthau-Petersburger Bahn weitergeführt und bis nach Pst., an den Bushäfen des Dnepr gelegen, verlängert werden.

Beide Vorlagen gehen an dieselbe Kommission, wie die am Beginne der Sitzung eingebracht. — Schluß der Sitzung 3½ Uhr.

Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. — Tagesordnung: Specialdebatte über den Militäretat und einige kleinere Kommissionsberichte über Provinzialangelegenheiten.

Berlin, 12. Januar. [25. Sitzung.] Die Tribünen sind spärlich besetzt; am Ministerialthe: die Minister v. Noen, v. Bodelschwingh und mehrere Regierungskommissare.

Präsident Grabow eröffnet die Sitzung kurz nach 10½ Uhr mit den gewöhnlichen gesetzlichen Mittheilungen. — Von den Abg. v. Rönne und Genossen ist folgender, genügend unterstützter Antrag eingegangen: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: Die mit Russland abgeschlossene Kartellkonvention vom 8. Mai 1857 in für den Staat unverbindlich.“ Die Motive lauten: „Der gleichlautende Antrag ist von dem Antragsteller bereits in der vorigen Sitzung gestellt und in einer Druckschrift näher motiviert. Es hat auch die zur Prüfung des Antrages niedergelegte Kommission am 6. Mai vorigen Jahres einen dem Antrag günstigen Bericht erstattet, welcher aber wegen des bald darauf erfolgten Schlußes der Session nicht mehr zur Beratung im Plenum hat gelangen können. Inzwischen wird die Kartellkonvention fortwährend angewandt und es ist sogar neuerlich in einem Erkenntnis des kg. Overttribunals vom 4. November 1863 in der Unterfuchungssache wider den Schneider Körner und Genossen (Justizministerialblatt für die preußische Gesetzgebung und Rechtspflege vom 11. Dezember 1863, Nr. 47). Die rechtliche Notwendigkeit der strafrechtlichen Verfolgung sogenannter öffentlicher oder politischer, von einem Preußen im Königreich Polen begangener Verbrechen oder Vergehen, die an sich nach §. 4. Nr. 3. des Strafgeiselsbuches nur fahrlässig sein würde, lediglich durch die Kartellkonvention (Art. 1. Litt. c. und Art. 15. Nr. 3.) begründet worden.“ — Auf Vorschlag des Präsidenten wird dieser Antrag einer besonderen, vor der nächsten Plenarsitzung zu wählenden Kommission von 14 Mitgliedern überwiesen. — Der Antragsteller Abg. v. Rönne hebt die hohe Wichtigkeit der Frage hervor, indem es sich darum handle, die Grenze genau zu bestimmen zwischen dem Rechte der Staatsregierung und dem der Landesvertretung. Er bitte deshalb das Haus, nur sachkundige Mitglieder in die Kommission zu wählen.

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung erhält ferner das Wort Abg. Richter: Die zwölfte Kommission habe ihn beauftragt, den Präsidenten zu fragen, in welchem Stadium sich die am 23. November v. J. beschlossene Unterfuchung, betreffend die bestandene Wahl des Landrats Hoffmann im Kreise Bützow-Lückowwalde, befindet. Der Präsident erwidert: am 23. November v. J. habe er das Staatsministerium erfuhr, die nötigen Recherchen durch den Justizminister zu veranlassen; da ihm bis zum 19. Dezember v. J. keine Antwort zugegangen sei, so habe er sein Ansuchen wiederholt; bis jetzt sei auch hierauf keine Antwort erfolgt. — Vor der Tagesordnung erhält endlich Abg. v. Lyszkowski das Wort, welcher mitteilt, daß wegen seiner am 12. Dezember v. J. in diesem Hause gethanen Auferstehung in Betriff des Bürgermeisters Rex in Gözmin eine Beschwerde an das Präsidium des Hauses gerichtet worden sei. Er habe damals von gefälschten Dokumenten und einem Komplott à la Pierrepont geredet, durch welche es gelungen sei, den Gutsbesitzer Wrede auf Borek in die Hauswoogtei zu bringen; er habe aber schon damals hinzugefügt, daß der Thatbestand Münthäufungen nach verschiedenen Seiten zulasse, und die Beschwerde des Herrn Rex beruhe deßhalb offenbar auf einem Missverständniß. — Der Präsident erklärt die Beschwerde des v. J. Rex damit für erledigt, und das Haus tritt in die Tagesordnung ein.

Der Präsident teilt vor Gründung der Debatte mit, daß er die Abstimmung über die einzelnen Positionen in der Art vornehmen werde, daß er über die nach den Anträgen der Kommission zu bewilligenden Summe zuerst werde abstimmen lassen, und erst wenn diese nicht genehmigt seien oder wenn besondere Anträge vorlägen, werde er über die von der Regierung geforderten Summen abstimmen lassen. Am Schlusse der Specialdebatte werde er alsdann über die ganze Summe und über die Abstimmung der Neoreorganisationsosten namentlich abstimmen lassen. — Nachdem Abg. Frhr. v. d. Heydt Namens der konservativen Partei sich mit diesem Modus der Abstimmung für einverstanden erklärt, wird die Specialdebatte über Tit. I. der Aussgabe „Befolgunghen für das Kriegsministerium“, eröffnet. Es wird zunächst der von der Kommission gefestigte Antrag, die hier ermittelten Kosten der Neoreorganisation von 2500 Thlr. nicht zu genehmigen, zur Diskussion gebracht.

Abg. v. Weber: Es liegt auf der Hand, daß die Neoreorganisationsosten jetzt nicht mehr gestrichen werden können, umso mehr, da die Majorität des Hauses das Ministerium zur Aktion drängt. (Heiterkeit, Unruhe.) Präsident Grabow macht den Redner darauf aufmerksam, daß es sich hier lediglich um die Specialdebatte handle, er aber in die Generaldiskussion zurückgreife. — Abg. v. Weber: Ich bin gestern nicht zu Worte gekommen, sonst hätte ich schon gestern meine Meinung ausgesprochen. (Schallendes Gelächter.) Man nennt uns von jener Seite immer „Feinde der Verfassung“; ich will den Vorwurf nicht zurückgeben, nur das will ich bemerken, daß ich diejenigen für die ärgsten Feinde der Verfassung halte, welche die

Kosten der Neoreorganisation streichen. (Wiederholtes schallendes Gelächter.) — Abg. Wachs muth: Obgleich ich auch zu denjenigen Mitgliedern gehöre, welche gestern durch den Schluß der Diskussion nicht zum Worte gekommen sind, so will ich doch nicht auf die Generaldiskussion zurückgreifen, sonst würde ich dem Voredner erwidern, es heißt, die Verfassung aufheben, wenn die Regierung sich über alle Verfassungsparagraphen hinwegsetzt. — Bei der Abstimmung erheben sich für die Billigung der 2500 Thlr. Neoreorganisationsosten nur die Konservativen: Graf Bethuys-Huc, Graf Bünan, v. Binde-Olbendorf, Dr. Simon und zwei Mitglieder der katholischen Fraktion.

Bei demselben Titel hat die Kommission auf Grund des vom Hause am 17. September 1862 gefassten Beschlusses: „die königliche Staatsregierung aufzufordern, die Gehälter der etatsmäßigen Stellen auch für die höheren Chargen fest zu bestimmen, so daß diese Gehälter nicht mehr von dem Range der Inhaber abhängen bleibent“, folgenden Antrag gestellt: „Diejenigen 2900 Thlr., um welche das Gehalt der beiden Departementsdirektoren das Normalgehalt für diese Stellen übersteigt, in die Kolonne als „fünfzig wegfällig“ zu legen und 230 Thlr., welche zur Erhöhung der Gehälter dreier Militärräthe in dem Etat v. 1863 in Ansatz gebracht sind, weil hinterleute derselben in der Armee das höhere Gehalt bereits beziehen.“ — Kriegsminister v. Noen erklärt sich gegen diesen Antrag. Die im Kriegsministerium beauftragten Offiziere erhielten das Gehalt ihrer Charge, wodurch die Verwaltung freie Hand behalte, die geeigneten Personen auszuwählen. Der Antrag der Kommission würde überdies eine bedeutende Mehrausgabe nach sich ziehen, nämlich an 20,000 Thlr., indem dann die betreffenden Stellen mit dem bedeutend höheren normalmäßigen Gehalt dotirt werden müßten. — Bei der Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit großer Majorität angenommen, dagegen sind nur die Konservativen.

Endlich hat die Kommission bei diesem Titel den bereits im vorigen Jahre eingebrachten, aber nicht zur Beratung gelangten Antrag wiederholt: „die königliche Staatsregierung aufzufordern, sämtliche Staatsbeamte, welche im Kriegsministerium angestellt sind, nach Artikel 108 der Verfassung auf die Verfassung vereidigen zu lassen.“ — Kriegsminister v. Noen: Nach dem Antrag handelt es sich zunächst um die Frage, ob die Offiziere als Staatsbeamte zu betrachten seien, oder ob zwischen ihnen und anderen Staatsbeamten ein Unterschied bestehe. Nach meiner Auffassung sind die Offiziere allerdings auch Staatsbeamte, aber nicht in dem Sinne der Kommissionsantrages. Sind die Offiziere Staatsbeamte und gehören sie gleichzeitig zur Armee, so ist der Antrag der Kommission unanwendbar, denn er würde gegen die Verfassung verstößen. — Abg. v. Binde-Olbendorf macht den Kriegsminister darauf aufmerksam, daß auch er zur Armee gehöre und doch auch auf die Verfassung vereidigt sei.

Abg. Birchow: Es ist vorgekommen, daß ein General die Stellvertretung des Kriegsministers übernommen und in dieser Zeit die Gegenzeichnung vollzogen hat, obgleich er nicht auf die Verfassung vereidigt war. In früheren Verfügungen ist ausdrücklich angeordnet, in Bezug auf Landwehroffiziere und beurlaubte Offiziere, daß diejenigen auf die Verfassung vereidigt werden sollen, sobald sie in den Staatsdienst eintreten. — Abg. Stavenhagen: Nach Art. 108 der Verfassung beschwören die Mitglieder der beiden Kammer und alle Staatsbeamten die gewissenhafte Beobachtung der Verfassung und Art. 60 bestimmt: die Minister, sowie die zu ihrer Vertretung abgeordneten Staatsbeamten haben Beitritt zu jeder Kammer und müssen auf ihr Verlangen zu jeder Zeit geholt werden. Wenn also die Offiziere, die im Kriegsministerium beschäftigt sind, nicht Staatsbeamte sind, dann haben sie auch nicht das Recht von dem Hause geholt zu werden. — Abg. v. Binde: Es haben auch sonst aktive Offiziere als Mitglieder des Hauses der Abgeordneten und des Herrenhauses die Verfassung beschworen. — Abg. Hahn: Der Art. 108 der Verfassung bestimmt zwar, daß alle Staatsbeamten vereidigt werden sollen, aber auch, daß eine Vereidigung des Heeres auf die Verfassung nicht stattfindet. Die Offiziere als solche sind aber nicht Staatsbeamte und insbesondere die vorübergehend bei dem Kriegsministerium beschäftigten sind keine.

Abg. Birchow: Die Ausführungen des Abg. Hahn leiden an zwei falschen Voraussetzungen. Es sind erstens die Offiziere bei dem Kriegsministerium nicht vorübergehend beschäftigt, sondern etatsmäßige Beamten; ferner aber ist der Art. 108, insofern er gegen die Vereidigung des Heeres auf die Verfassung sich ausspricht, nur gegen die Vereidigung des Heeres in seiner Gesamtheit, nicht aber einzelner Mitglieder gerichtet. Die Interpretation des Voredners röhrt eben aus der Periode des Vorfalls der verfassungsmäßigen Ansicht her. Kurz nach Emanzipation der Verfassung hat das damalige konervative Ministerium, welches bei ihrem Zustandekommen mitgewirkt hat, Verfügungen ganz im Sinne des Kommissionsantrages erlassen. (Der Redner citirt Verfügungen der Behörden aus dem Jahre 1850.) — Abg. Graf Wartenstein: Die Ausführungen des Voredners sind der beste Beweis für die Ansicht seiner Freunde. Diejenigen Offiziere, die dauernd Staatsbeamte sind, müssen den Verfass

zu erklären: es ist dringend erforderlich, die bei einer mäßigen Friedensstärke finanziell zulässige Erhöhung des Soldes der Gemeinen und Unteroffiziere herbeizuführen und dabei die bevorzugten Truppen des Gardekorps den Linientruppen gleichzutun." — Hierzu hat der Abg. Hahn (Natibor) den Antrag gestellt: "Das Haus wolle beschließen, der Reg. Staatsregierung anzuhängen, eine dem Gardekorps entsprechende Erhöhung des Soldes der Unteroffiziere und Gemeinen in den Etat für das Jahr 1865 aufzunehmen." Der Antragsteller fügt zur Unterstützung des Antrages hinzu: "Der Zweck desselben sei von allen Seiten anerkannt. Sein Antrag unterscheidet sich von dem der Kommission nur in zwei wesentlichen Punkten. Der Antrag der Kommission mache die Erhöhung abhängig von einer „mäßigen Friedensstärke“. Dadurch nehme die Kommission mit der einen Hand, was sie mit der anderen Hand gegeben. (Oh!) Was von der Kommission unter „mäßiger Friedensstärke“ gemeint sei, sei klar. Ferner wolle die Kommission die Erhöhung „baldmöglich“, während sein Antrag das Jahr 1865 hinstelle. Endlich sei im Kommissions-Antrage noch eine Bedingung hinzugefügt, die mit der Sache nichts gemein habe, nämlich die Gleichstellung der Linientruppen mit den Garde-truppen. Auf die Berechtigung der Bevorzugung wolle er nicht eingehen, nur bemerken, daß die Bevorzugung gar nicht aus Staats-mittel gewahrt werde, sondern aus anderen Fonds. Man könne allerdings seinem Antrage den Vorwurf machen, daß er gegen den parlamentarischen Gebrauch, keine Erhöhung des Budgets zu beantragen, verstoße, allein er glaube, daß dieser Gebrauch keinen sakramentalen Charakter habe, und daß man von denselben der Sache wegen abweichen könne.

Abg. Stavenhagen: Er könne mit einiger Satisfaction darauf hinweisen, daß das gute Beispiel, welches das Haus früher gegeben habe, nun auch Nachfolge habe. (Sehr richtig.) Er wisse nicht, ob der Vorredner der Regierung zu seinen Erklärungen autorisiert sei; so lange dies nicht geschehen, könne darauf keine Rücksicht genommen werden. (Sehr wahr.) Wenn man es ernstlich mit der Durchführung des Prinzips meine, so könne man der Staatsregierung nicht eine Praktikfrist stellen, wie der Antrag Hahn es thue, sondern man müsse dies der Erwähnung der Regierung überlassen. Die Bevorzugung des Gardekorps bestehe in der That und halte er dieselbe in seiner Weise für begründet und solle diese Bevorzugung nicht in die neue Ära mit hineüber genommen werden. Er verweise übrigens darauf, daß der Etat für das Gardekorps weit höher sei, als der der anderen Truppen. Es sei dies bei der Garde-Infanterie und Kavallerie der Fall, nicht aber bei der Gardeartillerie.

Abg. v. Blanckenburg: Er sei auch gegen Anträge auf Erhöhung des Budgets, weil man dadurch oft unerfüllbare Hoffnungen erzege und die Regierung in eine üble Lage versetze. Im vorliegenden Falle halte er es jedoch für Pflicht, von diesen Grundsätzen abzugehen. Der Kommissionsantrag erfülle nicht, was er solle, denn die Regierung werde niemals auf den „mäßigen Friedensstand“ eingehen, den die Herren darunter verstanden. Auch sei er gegen die Worte „finanziell unzulässig“. Man habe die Neorganisierung ebenfalls eine Zeit lang für „finanziell unzulässig“, sei aber jetzt alsmäßig davon zurückgekommen. (Oh!) Der Hahn'sche Antrag werde der Regierung keine Verlegenheiten bereiten, und er dürfe nur auf das Wort „Grundsteuer“ hinweisen, auf deren Ertrag das Heer ein gewissem Recht habe. (Nein, nein!) Die Regierung werde im Stande sein, dem Bedürfnis nachzukommen. Er fordere das Haus auf, seinem guten Beispiele zu folgen.

Abg. Dr. Birchow: Es wäre erwünscht, wenn der Kriegsminister sich über seine Stellung den Anträgen gegenüber ausspräche. Er habe den Antrag Hahn mit einer gewissen Freude begrüßt, denn nachdem er und seine Freunde den Gedanken zwei Jahre hindurch verfolgt hätten, nachdem ihnen der Vorwurf gemacht sei, daß die Anträge nur darauf ausgingen, agitatorisch zu wirken, könne es nur erwünscht sein, wenn es anerkannt werde, daß der Antrag einem vorhandenen Bedürfnisse entspreche. Jetzt würden die Anträge wieder bemängelt. Die Herren könnten doch keine Bürgschaft übernehmen, daß die gegenwärtige Staatsregierung in ihrem Personalbestand unveränderlich sei; sie könnten nicht einmal die Garantie übernehmen, daß die gegenwärtige Regierung noch am 1. Jan. 1865 auf ihrem Platze sein werde; es könnte ja vielleicht schon früher ein Wechsel der Regierung eintreten und somit dem Löwenischen Antrag vielleicht noch in diesem Jahre entsprochen werden. — Er sei bereit für den Bestand der Armee, wie er ihn für richtig halte, die von der Regierung verlangte Erhöhung zu bewilligen, nur nicht für den Bestand, wie die Regierung ihn feststelle. Allerdings sei der Gebrauch vom Haufe festgehalten, keine höhere Summe zu votieren, als die Regierung verlange, allein aufmerksam habe man die Regierung öfters darauf gemacht, daß bei diesen oder jenen Punkten eine größere Ausgabe notwendig sei. Der Löwenische Antrag enthalte jedoch eine sehr wesentliche Veränderung des Commiss.-Antrages, weil er die Bezeichnung auf das Gardekorps weglassen. Er wünsche im Interesse der Armee, daß diese innere Differenz einmal aufgehoben werde. Dieser Busch sei eine conditio sine qua non für seine jetzige Abstimmung, wenn er auch später die Erhöhung des Soldes unter allen Umständen bewilligen würde.

Kriegsminister v. Roos: Es handelt sich hier um ein wichtiges Prinzip und die Regierung sei zu einer Äußerung aufgefordert. Der Antrag der Kommission entspricht den Intentionen der Regierung weniger, als der Antrag des Abg. Hahn. Er, als Chef der Militärverwaltung, glaube sich nicht bloszgelassen, wenn er ausspreche: die Regierung wünsche nichts mehr, als schon mit dem Etat pro 1865 die Solderhöhung einzutragen zu lassen. Die größere Bestimmtheit des Hahn'schen Antrages konveniret den Intentionen der Regierung viel mehr, als die verklammierte Form des Kommissionsantrages. Wenn es in dem letzteren heize: „finanziell unzulässig“, so sei das eine völlig selbstverständliche Bedingung, welche dem Antrag Hahn auch hinzugefügt werden müsse. Was die Bevorzugung des Gardekorps anlange, so bemerke er, daß jedes Ding seine Geschichte habe, und diese höheren Soldsätze hätten ebenfalls ihre historische Begründung. Wenn es gelinge, die Bevölkerung der Linie und der Garde gleichzutun, so falle die Bevorzugung von selbst fort. Dem Vorredner müsse er erwidern, daß von einer Weigerung der Regierung wohl niemals die Rede gewesen sei; wohl aber habe die Regierung gemeint, daß bei dergleichen Angelegenheiten, die so leicht in anderen Händen tendenziös ausgebettet werden könnten, der Regierung die Initiative überlassen bleibe sollte. Was die Hoffnung anlange, die der Vorredner in Betreff der Staatsregierung ausgeprochen habe, so habe er keinen Beruf, dessen Illusionen oder Hoffnungen zu durchkreuzen; er könne jedoch nicht umhin, zu bemerken, daß man den Spieß einmal umkehren könne. (Heiterkeit.)

Nach einer wiederholten Bemerkung des Abg. Hahn (Natibor) erklärt Abg. Dr. Löwe (Bochum): Der Kriegsminister habe anerkannt, daß es sich hier um ein wichtiges Prinzip handle; er habe das Prinzip jedoch bei Seite gehoben, und nur auf einzelne Entwürfe geantwortet. Allerdings liege ein Prinzip vor, weil die ganze Frage der Neorganisation hier zur Sprache komme, und wenn der Minister erkläre, daß der Antrag Hahn ihm besser konvenire, als der Kommissionsantrag, so geschehe dies, weil der Antrag der Kommission das Prinzip festhalte. Er wolle den Personenstand der Armee nicht vermehren, er und seine Freunde wollen die Kraft der Armee dadurch vergrößern, daß man die Truppen besser ernähre, damit nicht solche Aufrufe zur Wohlthätigkeit nötig würden, wie man sie jetzt täglich lese. (Beifall.) Bei der Bekanntmachung des Herrn Kriegsministers habe er sich gefreut, daß das Gefühl des Mitleids in seinem Herzen für die Soldaten ihn geleitet habe, aber er sei doch verwundert darüber gewesen. Glaube der Herr Kriegsminister, daß er die Armeen einer anderen gegenüber hochstelle, wenn er erkläre, die Armeen sei nicht hinreichend ausgerüstet, um die Lasten des Winterfeldzuges zu ertragen? Glaube er, daß er die Effektivität der Armeen nicht verringere, wenn er in der Kommission erkläre, daß man bei einem Kriege 10% Kranke rechne? Man dürfe die Armeen nicht eher an Zahl vermehren als bis die vorhandenen Menschen regelmäßig und gut erñährt würden. (Beifall links.) Diese Ansicht müsse er aufrecht erhalten und dies sei keineswegs unpatriotisch. Sei es nichts, wenn bei schlechter Versorgung die jungen Männer in den Kampf geschickt würden? Diese seien das Haupt der Nation, welches gewiß geschont werden müsse, und schon deshalb müsse man gegen die Neorganisation sein. Erst dasjenige, was man hat, bessern, ehe man neues schafft. Er wünsche, daß der Kriegsminister ihn beweisen möge, daß eine Armee, für die man im Falle eines Krieges erst noch für Kleidungsstücke sorgen müsse, so schlagfertig sei, als eine Armee, welche diese Bekleidungsstücke schon habe. (Lebhafte Beifall links.)

Kriegsminister v. Roos: Bei der Höhe des Angriffs gegen mich, welcher überdies ganz unerwartet gekommen ist, werde ich mich vielleicht nicht in den Grenzen der Objektivität halten können, die ich mir vorgelege. Nach dem, was ich vernommen habe, muß ich übrigens glauben, in dem Herrn Vorredner den Verfasser eines Artikels der liberalen Korrespondenz vor mir zu sehen, in welchem schon dieselben Anklagen gegen mich geschleudert worden sind. Ich könnte gar nicht in Zweifel sein darüber, daß es unter meiner Würde wäre, auch nur ein einziges Wort darüber zu verlieren; anders

aber stellt sich die Sache jetzt, nachdem sie hier zur Sprache gebracht worden ist. Hier hört das ganze Land zu, und in solcher Weise provoziert, halte ich eine Antwort für nothwendig. Jeder, der nur die geringste Einsicht in die Militärverwaltung hat, weiß, daß in jeder Beziehung für die Truppen in ausgiebigster Weise gesorgt ist, auch für eine Winterkampagne. Wenn nun gleichwohl manche vaterländische Vereine sich in patriotischer Gefinnung beteiligen wollen an der Sorge für die Armee, so wäre es unverantwortlich, es wäre eine stiefsväterliche Prüderie Seitens des Kriegsministers, wenn er dergleichen zurückweisen wollte. Nein! (Der Herr Kriegsminister geräth allmählig in hohe Aufregung.) Nein! Es soll vielmehr die patriotische Flamme hoch und immer höher schlagen, — deswegen nehme ich die von allen Seiten reichlich zustromenden Beiträge gern an, weil durch sie das Land seinen Söhnen seine Liebe beweisen will. Diese Beiträge fliegen übrigens rechtlich, als für manche andere, von der Presse pomphaft verkündete und empfohlene Zwecke. Auf so brüste, gewaltsame Angriffe kann kein Minister gefaßt sein. (Große Unruhe, Glocke des Präsidiums.) Ich darf mich, was meine Sorgfalt und Umstt in der Militärverwaltung betrifft, auf das Zeugnis von Freund und Feind berufen. Wie kann nunemand mit der Behauptung auftreten, daß ich die Truppen ausziehe lasse, ohne genügend für ihre unerlässlichsten Bedürfnisse gesorgt zu haben? Das ist nicht weiter, als ein Ausdruck der Parteitaktik; ich überlasse diese sich selber und appelliere an das Land in der sicherer Überzeugung, daß es sich für mich erklären wird. (Bravo rechts.) — Präsidient Bravo w.: Ich habe dem Herrn Kriegsminister zu erwiedern, daß der von ihm gebrauchte Ausdruck „brüst“ nicht parlamentarisch ist. (Bravo.) — Kriegsminister v. Roos: Ich habe den Angriff nur so bezeichnet, wie er in Wirklichkeit war, brüst und gewaltsam, und bin der Ansicht, daß der Herr Präsidient mit seiner Bemerkung nicht im Rechte sei. (Große Unruhe.) — Präsidient (mit Nachdruck): Ich bleibe bei dem, was ich gesagt habe (Bravo), der Ausdruck des Herrn Kriegsministers war unparlamentarisch. (Lebhafte Bravo.)

Kriegsminister: Ich wiederhole, daß ich bei dem bleibe, was ich erklärt habe. — Abg. v. Lehmann (zur Geschäftsordnung) bittet den Präsidienten, die Geschäftsordnung des Hauses in der Weise zu handhaben, daß, wenn irgend ein Anwendungsfäller sich seinen Anordnungen nicht fügen wolle, er die ihm zu Gebote stehenden Mittel anwende, um denselben Beachtung zu verschaffen. Sonst wird jede parlamentarische Verhandlung unmöglich; alle Ordnung hört auf, wenn hieremand sein Urteil dem Präsidienten gegenüber als maßgebend hinstellen will. — Abg. Immermann stimmt dem Vorredner wohl bei und will nur noch daran erinnern, daß der Kriegsminister auch Mitglied des Abgeordnetenhauses sei. — Präsidient: Ich erfuhr das Haus, die Sache nunmehr auf sich beruhen zu lassen, indem ich nochmals wiederhole, daß ich bei meinem Ausprache bleibe. Der Herr Kriegsminister hatte nicht in seiner Eigenschaft als Abgeordneter, sondern als Minister um das Wort gebeten. Ich ertheile jetzt dem Abg. Freiherrn v. d. Heydt das Wort.

Abg. Frhr. v. Heydt (bei der fortdauernden Aufregung schwer verständlich) verteidigt den Antrag der konservativen Partei. Als er dabei ein Urteil über den eben erfolgten Ordnungsbruch ausspricht, wird er vom Präsidienten darauf aufmerksam gemacht, daß er nicht das Recht habe, über eine vom Präsidium ausgesprochene Rüge, die übrigens kein Ordnungsbruch gewesen, sich auszusprechen. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt. — Nachdem der Abg. Lehmann für den Kommissionsantrag gesprochen, vertheidigt Abg. Graf Bethy-Huc den Löwenischen Antrag: Ueber die Gleichstellung der Linie und Garde herrsche kein Zwiespalt, da ja auch der Kriegsminister eine Ausgleichung durch Erhöhung des Soldes wünsche. In dem Kommissionantrag sind zwei Prinzipien enthalten; auf dasjenige, welches die Erhöhung des Soldes betreffe, ist der Kriegsminister eingegangen, das Prinzip, die Stärke der Armee herabzusezen, hat er nicht berührt. Von den Angriffen, welche auf dieses Prinzip basirt sind, geltet das Sprichwort, daß man den Esel schlage und den Sack meine (Gelächter, „Umgelächter“). Jeder Preuß ist wohlbekannt und dadurch bestimmt sich die Stärke der Armee von selbst. — Abg. Frhr. v. Hoverbeck: Durch die Rede des Kriegsministers habe die Debatte eine Wärme angenommen, welche über die angehobene Temperatur hinausgehe; er wolle die Debatte etwas abkühlen durch Mittheilung eines offiziellen Altenstücks des Landrats aus dem Kreise Biegenz, in welchem um warme Zurkostbekleidung für unsere Truppen gebeten wird, welche daran Mangel leide. Bei der wärmsten Sympathie für unsere Truppen, muß man doch vermutthen, daß nicht für Alles gesorgt sei. — Kriegsminister v. Roos: Ich werde mich bekleiden ohne Leidenschaft zu sprechen; wenn aber Angriffe gegen die Verwaltung des Kriegsministeriums gemacht werden, so muß ich bemerken, daß ich leicht im Stande sein werde zu beweisen, daß diese Anschuldigungen, falls sie in dieser Absicht gemacht seien, als Verläumdingen zu bezeichnen seien. Es ist aber nach meiner Ansicht nicht patriotisch, die Einrichtungen unserer Armee so öffentlich wie dies hier im Abgeordnetenhaus geschehen, zu tadeln. Was den mitgetheilten Aufruf betrifft, so tragen viele Leute im Lande keine Strümpfe, aber nichtsdestoweniger ist meine Sorge darauf gerichtet, den Soldaten auch diese zu verschaffen. Es ist überhaupt unrecht, meine Antwort wegen der Sammlungen als einen Appell an die Barmherzigkeit des Landes zu betrachten, sie beabsichtigt nur, der im Lande herrschenden Sympathie für die Armee Gelegenheit zum Ausdruck zu geben. Was die besondere mäßige Friedensstärke betrifft, so kommt es darauf an, was man darunter versteht. (Schluß morgen.)

In der gestrigen Sitzung hat Abg. Graf Schwerin unter den von der Regierung wohl zu berücksichtigenden Forderungen der Opposition nicht, wie es im Bericht heißt, die erhöhte Präsenzzeit, sondern — natürlich — die verkürzte Präsenzzeit genannt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. Januar. Gestern Vormittags wurde bei dem Konditor Pfizner, dem Doktor Kazimir Szule, Anastasius Spyriewski und dem Gerichts-Referendarius Wierzbinski durch die Kriminalpolizei Haussuchung gehalten und der letzte der Genannten verhaftet.

Die Nachricht des „Dziennik poznań“, daß auch die Herren Pfizner und Szule verhaftet seien, ist unrichtig.

Am h. Dreitönigstage waren einige russische Offiziere von Chocz diesseits der Grenze bei preußischen Offizieren in Broniszewice als Gäste, wahrscheinlich um Abschied zu nehmen, da in Chocz die Garnison gewechselt wurde.

n — [Stadttheater.] „Der Wasserträger“. Oper in drei Akten von Cherubini, ist die einzige von Cherubini's zahlreichen Opern, welche dem deutschen Publikum bekannt geworden ist; sie wird immer mit der Pietät aufgenommen, welche wir hervorragenden Meisterwerken schulden, aber für das große Publikum wird sie schwerlich nachhaltige Anziehungskraft ausüben, weil wir an die heutige Oper weit größere Ansprüche stellen. Der kleine Rahmen, in welchem die Handlung spielt, die scenische Einfachheit genügen uns heutzutage nicht, unsere Phantasie und unser verwöhntes Auge wollen weit reicher beschäftigt sein und der fast überwiegende Theil des Dialoges in der Oper behagt uns auch nicht mehr. So wird sich nur ein beschränkter Theil des Publikums finden, welcher die Oper mit großem Interesse anhört, und von diesen wird sich dafür erwärmen ausschließlich der eigentliche Musiker, welchen ihre tiefen Schönheiten vollständig befriedigen und das, was uns fehlt, gar nicht fühlen lassen. Cherubini hat sich nach seinen ersten Arbeiten vollständig von der italienischen Schule losgesagt, und trägt namentlich „der Wasserträger“, wie alle seine späteren Werke den Stempel irdeutlichen Geistes, so daß der Italiener nirgends zu erkennen ist. Der Styl ist durchweg edel, von höchster puritanischer Reinheit und die orchestrale Behandlung, welche sich zwar nur der einfachsten Mittel bedient, breit angelegt, lebendig, mitunter höchst schwungvoll und voller kontrapunktischer Schönheiten.

Dem gegenüber ist der gesangliche Ausdruck eigentlich knapp gehalten und nur in Verbindung mit der Begleitung denbar. Der Schwerpunkt liegt im Streichquartett, die Holz- und Blechmusik ist nur untergeordnet beschäftigt, die Aufgabe des Streichquartetts deshalb auch eine sehr schwierige und so anerkennenswerth die Leistungen desselben auch waren, so

sanden wir nicht immer — besonders schon in der Ouvertüre — die plastische Ruhe und Klarheit, die sichere Beherrschung, welche die feingegliederte Struktur verlangt. Orchester wie Sänger schienen nicht in der gewohnten Sphäre, welchem Umstände wir manche Unsicherheiten zurechnen können. Herr Thümmler stand an der hohen Lage des Michelis, welcher sonst wohl auch vom Bariton gefungen wird, einige Schwierigkeiten, die sich in dem Terzett und dem Finale des ersten Aktes bemerklich machten und an einer freieren Gestaltung hinderten; auch glauben wir nicht, daß die Transponirung der ersten Arie derselben zum Vortheil gereicht, die übrigens sonst mit schönem Ausdruck und wahrer Empfindung von Herrn Th. gefungen wurde. Der biedere, treuerherige Grundton des wackeren und geistesgegenwärtigen Wasserträgers war auch gut getroffen, der Charakter würde durch eine feinere Detailirung, durch einen leichten Anflug von Ironie, namentlich in der Scene an der Barriere, noch gewinnen. Herr Schatz (Armand) war nicht disponirt, auch Frau Tengthal (Constanze) wurde erst im Laufe des Abends warm und wirkte namentlich in den Finales hervorragend. Die anderen Partien, welche mehr oder weniger Staffage bilden, waren angemessen und gut besetzt.

[Die vorige Sitzung des Handwerkervereins] wurde durch Herrn Oberpostsekretär Przybylski eröffnet. Herr Rector Baniewicz suchte aus den dürftigen Nachrichten über Shakespeare's Leben ein Bild von dem großen englischen Dichter zu entwerfen. Mr. Przybylski theilte hierauf den Sängern des Vereins mit, daß jetzt nicht am Sonnabend, sondern am Donnerstag gesungen werden soll. Auf eine fröhliche Frage, ob der Sängerchor auch bei Begegnungen von Vereinsmitgliedern singen würde, erfolgte eine Antwort des Dirigenten, daß dies allein Sache der Sänger sei. Die Mitglieder werden aufgefordert, die an der Tür während der Versammlung ausgehängten Zettel, die Meldungen neu aufzunehmender Mitglieder zu kontrollieren, da es einige Mal vorgekommen, daß man die Angemeldeten aufgenommen und nachträglich erst gegen ihre Aufnahme protestiert habe. 1.

Am fünfzehnten Donnerstag findet eine Generalversammlung der Mitglieder des St. Annenvereins zur Beratung und Annahme des neu entworfenen Statuts statt. Bugleich werden derselben aufgefordert, an der Beratung teilzunehmen, die etwa noch dem Vereine beizutreten gedenken.

tz. Nekla, 12. Januar. [Eine interessante Wahl.] Heute sollte in Stempoczyn, Kreis Schrada, für den nach Schrada verzogenen Rittergutsbesitzer v. Pradzinski ein Ersatzwahlmann gewählt werden. Von den, zu diesem Wahlbezirk gehörenden dreizehn Ortschaften erschien auch nicht ein einziger Wähler. Das Wahltotal, welches heute über 1500 Wähler bergen sollte, schloß nur zwei Personen in seine stillen Hallen, den Herrn Distrikts-Kommissarius aus Nekla und den Protokollführer, Lehrer B. aus Stempoczyn. Ersterer machte sofort durch einen reitenden Boten dem Landrats-Amte in Schrada Mittheilung und letzterer schloß mit folgenden Worten das Protokoll: Bei der heutigen Wahl erschien kein Wähler!

II Pleschen, 10. Januar. [Ersatzgeschäft; Dank; Anerkennung; Revision.] Das Kreis-Ersatzgeschäft beginnt im biegsigen Kreise bereits am 30. d. M. An diesem Tage findet in Jarocin die Musterung der Heerespfeilstäbchen aus dem Distrikt Mieczkow und den Städten Mieczkow und Neustadt a. B., am 1. Februar aus der Stadt und dem Distrikt Jarocin, am 3. Februar in Pleschen aus dem Distrikt Bobota, am 4. Februar aus der Stadt und dem Distrikt Pleschen, am 5. Februar aus dem Distrikt Kotlin, sowie Musterung der Nachgestellten des ganzen Kreises statt. Mit dem Kreis-Ersatzgeschäft wird gleichzeitig die Prüfung der von Reserve und Landwehrmannschaften anzurenden Reklamationen wegen Berücksichtigung in Fall einer Mobilmachung verbunden. — Herr Oberst v. Frankenberger, Kommandeur des Posenschen Ulanen-Regiments Nr. 10, spricht, nachdem die Eskadrons seines Regiments den heutigen Kreis verlassen haben, in einem Schreiben, d. d. Pleschen, den 29. Dezember 1863, zunächst Herrn Landrat Gregorowius seinen lebhaften Dank für das freundliche Entgegenkommen und die Vereinlichkeit aus, mit der er in allen Einquartirungsangelegenheiten und sonstigen oft schwierigen Verhältnissen sein Regiment unterstützt hat. Die Gattfreundschaft der Quartiergeber soll, nach dem Urtheil des Herrn v. Frankenberger, für Offiziere wie für die Mannschaften durchgängig gleich gewesen und für Alle mit gleicher Aufmerksamkeit gezeigt werden. Indem er Herrn Landrat Gregorowius bitte, dies den betreffenden Quartiergebern bei Gelegenheit auszusprechen, unterlässt er gleichzeitig nicht die Versicherung beizufügen, daß er sich stets mit Freude des heutigen Kreises und mit Dank des Landrates Herrn Gregorowius erinnern wird, dessen Bemühungen dieses Einvernehmen hauptsächlich zugeschrieben werden müssen. — Der Wirth Friedrich Fabius zu Wyssogotowo-Haußland hat eine schlechte Wegstrecke auf dem Kommunikationswege von Naczadowo nach Jarocin durch Aufschüttungen zerklüfteter Steine so fabrbar gemacht, daß sie zu jeder Jahreszeit gut zu passieren ist. Auf den Antrag des Landrates Herrn Gregorowius ist ihm für dies rühmliche Beispiel, welches er den Gemeinden des Kreises dadurch gegeben, vom Herrn Minister für Handel und Gewerbe eine Beihilfe von 10 Thlr. bewilligt worden. — Gestern Abend wurde die aus Posen hier ankommende Post von der Polizei in Myslitz von Militair einer strengen Revision unterworfen. Ein von einer Geschäftsreise hierher zurückkehrender Gerichtsassessor wurde auf der Straße von einer Patrouille angehalten und konnte sich dieser gegenüber nur durch Vorzeigen eines großen Altenstücks legitimieren, worauf seiner Weiterreise keine Hemmnisse entgegengestellt wurden. Seit einigen Tagen entwickelt die Polizei und das Militair eine nicht gewöhnliche Thätigkeit. Einzelne Posten ziehen des Nachts wieder mit geladenen Gewehren auf Wache, haben aber den Befehl, von der Schußwaffe erst im äußersten Notfalle Gebrauch zu machen.

Bermischtes.

Bad Homburg, 10. Januar. Die Wintersaison läßt sich sehr gut an, und es sind viele Fremde hier, die heutige Winterkarte zählt an 596 Gäste. An Theatertagen ist es besonders voll hier, da Massen von Bewohnern

63 dauerte der Frost wieder drei Monate; 1665 begannen die Thermometer-Messungen, man hatte als Maximum 21 Grad; 1776 fror es 25 Tage, 1763 aber 69 Tage lang; 1788 sank der Thermometer auf 22,2 Grad, 1795 auf 23,3 Grad; 1799 fror es 32 Tage lang; 1812 war der russische Feldzug (Zahl ist nicht angegeben); 1838 hatte der kälteste Tag 19 Grad und der 15. Dezember 1840, wo die Asche Napoleons I. in Paris ankam, 17 Grad. Seitdem ist es nicht wieder so sehr kalt gewesen.

Gegen Kahlköpfigkeit

Ausfallen und Ergrauen der Haare, hat der Kräuter-Haarbalsam **Esprit des cheveux von Hutter & Comp.** in Berlin, Niederlage bei **Hermann Moegelin** in Posen, Bergstraße 9, schon seit vielen Jahren Tausende die wohlthuende Hilfe geleistet, und kann dieser Balsam allen obiger Art Leidenden nicht dringend genug empfohlen werden. Beweis dafür mögen nachstehende Eingetragne liefern:

Em. Wohlgeboren erfuhr um nochmalige Übersendung von 3 Flaschen Ihres ausgezeichneten Balsams, und fügte zugleich meinen Dank hinzu für den Erfolg, welchen ich von der vorigen Sendung hatte. Mein Kopf ist neu gestärkt, das Ausfallen der Haare verhindert, und neues junges Haar mit derselben Farbe wie das alte, spricht in dicker Menge hervor.

Kreuz, 20. Nov. 1863. **M. Beldinger**, Inspektor.

E. Wohlgeboren! Die kleine Quantität Ihres **Esprit des cheveux** hat vortreffliche Wirkung erzeugt, und denke ich bei noch 2 Flaschen à 1 Thlr., worum ich ergebenst ersuche, mein ganzes Haupthaar wieder zu haben.
Kassel, 22. Nov. 1863.

von Ludwig, Reut.

Angelommene Fremde.

Vom 13. Januar.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer Berkau aus Dubin, v. Moszczenski aus Jeziorki, v. Ruttowski nebst Frau aus Podlesie und v. Karlowitz nebst Frau aus Kosciel.

MYLIUS HOTEL DE DRESDEN. Die Kaufleute Klein aus Achen, Jacoby, Cohn, Herrmann und Kittmüller aus Berlin, Holste aus Glashau, Richter aus Gladbach, Roller aus Tannhausen, Freund aus Breslau, Deutgen aus Düren, Bohner aus Crefeld, Böckler aus Teufen und Boling aus Paris, Landrath Krupka aus Krotoschin, Rechtsanwalt Martini aus Grätz.

BUSCH'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer v. Winterfeld aus Mur, Goslin und Birth aus Lopienno, Kreisgerichtsrath Lehmann aus Schröda, die Kaufleute Steinecke aus Waldenburg und Heider aus Bromberg.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Rittergutsbesitzerin Gräfin Lewicka aus Goslawice, Rittergutsbesitzer und Oberstleutnant a. D. v. Böß aus Witajzyce, die Gutsbesitzer v. Ruttowski aus Podlesie, Hegel aus

Stolp und v. Brodnicki aus Nieswiastowice, Kaufmann Farent aus Karlsruhe, Rentierin Fräulein Altardt aus Magdeburg.
HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Koszutski aus Modliszewko und Hoffmeier aus Dorf Schwersenz, Fabrikbesitzer Mittelstädt aus Carlshof, Bürger Müller aus Czarnikau, die Kaufleute Seelig aus Berlin, Jafusiel aus Gnezen und Sasse aus Küstrin.
SCHWARZER ADLER. Erzieherin Frau Dalheimer aus Laszewo, Gymnasiallehrer Thomczek aus Trzemeszno, Gutsbesitzer v. Szyszt aus Komplewo.
SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Agent Kurt aus Gnezen, die Kaufleute Braun aus Czarnikau, Quartiermeister sen. und jun., Meyer und Scheier aus Grätz.

Telegramm.

Altona, Mittwoch 13. Januar. Es ist eine Bekanntmachung der Bundeskommissarien erschienen über die zeitweilige Behandlung der Polverhältnisse, nach welchen Pönmark und Schleswig seit dem 22. Dezember als Ausland betrachtet wird. Die Schiffahrtsabgaben werden nach den bestehenden Taxen erhoben. Der Verkehr zollpflichtiger Waaren landwärts findet nur über Rendsburg und Levens soll statt.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

Straßenreinigung.

Nachstehende Bestimmungen der Straßenreinigungsvorschrift vom 12. April 1837 werden Grundbesitzern der Stadt Posen in Erinnerung gebracht:

1) Jeder Grundbesitzer ist verpflichtet, den Bürgersteig in seiner ganzen Breite täglich, so oft es geschieht, von Schnee und Eis reinigen und den Schnee auf den Straßendamm ausbreiten zu lassen.

2) Auch die Künsteine sind täglich vom Schnee zu befreien und so oft als nötig aufzuweisen.

3) Gewerbetreibende, welche in ihrem Geschäft viel Wasser gebrauchen und nach der Straße ableiten, müssen bei Frostwetter die Künsteine täglich bis zum Einfluss in den nächsten Kanal aufreisen und das Eis auf eigene Kosten fortgeschafft lassen.

4) Bei Winterglätte ist der Bürgersteig mit Sand, Asche, Sägemehl, so oft als nötig, zu bestreuen. Morgens muss dies bis 8 Uhr bewirkt sein.

5) Das Abwerfen des Schnees von den Dächern darf nur geschehen, wenn die Straßen nicht mehr befucht sind, oder wenn plötzlich ein Termine ihrer Erfahrung und Vorschriften entsprechen.

6) Schnee und Eis aus Höfen und Häusern darf nicht auf die Straße geworfen, sondern muss vor dem Hauseigentümer für eigene Rechnung ungesäumt abgefahrt werden.

7) Wenn Thauwetter eintritt, so müssen die Straßenkünsteine sofort ausgefegt, die Künsteinbrücken geöffnet, Bürgersteige und Straßendämme bis zur Mitte aufgezerrt und der Raum auf dem Damme dicht am Künsteine in Häusern gesetzt werden.

8) Unterbleibt das Aufsetzen des Künsteins (§. 5), so ist jeder oberhalb liegende Eigentümer befugt, bei dem säumigen Nachbar unterhalb auf dessen Kosten mit aufzurichten zu lassen. Die Kosten werden, auf erfolgte Anzeige, von dem Nachbar (nötigenfalls amtlich) eingezogen.

9) Säumige Leistung jeder Art hat sofortige exekutive Ausführung auf Kosten des Säumigen zur Folge.

10) Außerdem wird jede Nichtbefolgung dieser Vorschriften mit einer Geldbuße bis 5 Thlr. oder verhältnismäßigem Gefängnis bestraft.

Posen, den 11. Januar 1864.

Der Polizeipräfident v. Baerenprung.

50 Thaler Belohnung.

Ein junger Mann in hellgrauem Schnürrock, vierfeger Mütze mit weißem Voran besetzt, etwa 21 Jahre alt, Statur 5' 6" groß, hat gestern Abend 7 Uhr an der Ecke der Wilhelm- und Bergstraße einem hiesigen Bürger aufgelauert und ihn hinterlich mit Stockschlägen überfallen. Zwei Helfershelfer entflohen nach St. Martin. Er selbst entfließt nach der Allee der Wilhelmsstraße. Wer den Thäter dergestalt anzeigen, daß er überführt und gerichtlich bestraft wird, erhält 50 Thlr. Belohnung.

Posen, den 12. Januar 1864.

Königliche Polizei-Direktion.

v. Baerenprung.

50 Thaler Belohnung.

Am 11. Januar d. J. Abends 7 Uhr ist der Herr Dr. Jochnus, Redakteur der Posener Zeitung, in der Wilhelmsstraße zwischen St. Martin und Bergstraße von drei Personen, welche ihm daselbst aufgelauert, überfallen und gemäßigt worden. Dieselben waren mit Stöcken und anscheinend auch scharfen Waffen verleidet. Einer von ihnen trug eine vierfeger Mütze und eine graue Samarka. Ein zerbrochener brauner Stock mit schwarzem Horngriff, welchen einer der Angreifer von sich geworfen, befindet sich in meiner Verwahrung.

Den Ermittler der jetzt unbekannten Thäter wird eine Belohnung von 50 Thaler in Aussicht gestellt.

Posen, den 12. Januar 1864.

Der Staatsanwalt.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Posen, den 4. Januar 1864.

Mittags 12 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Friedrich Wilhelm Barleben zu Posen ist der

taufmännische Konkurs eröffnet und der Tag der Zahlungseinstellung auf den 20. Oktober 1863 festgelegt worden.

Zum einstweiligen Verwalter der Massen ist der Auktionskommissarius Lieutenant a. D. Sobel hier bestellt.

Die Gläubiger des Gemeinschuldners werden aufgefordert, in dem

auf den 14. Januar d. J.

Mittags 12 Uhr

vor dem Kommissar, Herrn Kreisgerichtsrath Gaebler an hiesiger Gerichtsstelle anberaumten Terminen ihre Erfahrungen und Vorschläge über die Beibehaltung dieses Verwalters oder die Bestellung eines anderen einstweiligen Verwalters abzugeben.

Allen, welche von dem Gemeinschuldner etwas an Geld, Papieren oder anderen Sachen in Besitz oder Gewahrsam haben, oder welche ihm etwas verschuldet, wird aufgegeben, nichts an denselben zu verabschieden oder zu zahlen, vielmehr von dem Besitz der Gegenstände

bis zum 23. Januar c. einschließlich dem Gericht oder dem Verwalter der Massen

Anzeige zu machen und Alles, mit plötzlichen Anzeigungen Rechtshändler, Pfandhaber und andere mit demselben gleichberechtigte Gläubiger des Gemeinschuldners haben von den in ihrem Besitz befindlichen Pfandstücken nur Anzeige zu machen.

Zugleich werden alle Dienstleute, welche an die Massen Ansprüche als Konkursgläubiger machen wollen, hierdurch aufgefordert, ihre Ansprüche, diejenigen mögen bereits rechtshändig sein oder nicht, mit dem dafür verlangten Vorrecht

bis zum 28. Januar c. einschließlich bei uns schriftlich oder zu Protokoll anzumelden und demnächst zur Prüfung der sämtlichen innerhalb der gebrochenen Frist angemeldeten Forderungen, so wie nach Befinden zur Bestellung des definitiven Verwaltungsvorstandes

auf den 6. Februar c.

Mittags 10 Uhr

vor dem Kommissar des Konkurses im hiesigen Gerichtsloftale zu erscheinen.

Wer seine Anmeldung schriftlich eingeht, hat eine Abdruck der selben und ihrer Anlagen beizufügen.

Jeder Gläubiger, welcher nicht in unserem Amtsbezirk seinen Wohnsitz hat, muss bei der Anmeldung seiner Forderung einen an diesen Orte wohnhaften oder zur Praxis bei uns berechtigten auswärtigen Bevollmächtigten bestellen und zu den Akten anzeigen.

Denjenigen, welchen es hier an Bekanntheit fehlt, werden die Rechtsanwälte Justizräthe Bembach und Schubert, so wie die Rechtsanwälte v. Grabow und Müsel zu Sachwaltern vorgeschlagen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Wreschen.

Erste Abtheilung.

Das dem Kaufmann Heinrich Löwenthal und seiner Ehefrau Auguste geborenen Stadt gehörige, in der Stadt Wreschen unter Nr. 5 am Markt belegene Grundstück, bestehend aus einem größeren Wohnhause, einem Seitengebäude nebst Waschhaus, Holzstall, Hofraum mit Einfahrt und einem etwa 15 Morgen großen Stück Ackerland am Wege nach Klein-Guttau, gerichtlich abgethobt auf 5251 Thlr. 14 Gr. 6 Pf., zufolge der nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuhaltenden Taxe, soll am

am 21. März 1864

Mittags 11 Uhr

an ordentlicher Gerichtsstelle subastairt werden. Gläubiger, welche einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Verbriefung suchen, haben ihren Anspruch bei dem Substaatssachenamt anzumelden.

Wreschen, den 8. August 1863.

Der Staatsanwalt.

Konkurs-Eröffnung.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Posen, den 4. Januar 1864.

Mittags 12 Uhr.

Über das Vermögen des Kaufmanns Fried-

rich Wilhelm Barleben zu Posen ist der

Mittwoch den 3. Februar c.

Mittags 10 Uhr

ein Termin auf der Probstei in Uzarzewo angelegt, zu dem hiermit bietungslustige und zuverlässige Bauunternehmer eingeladen werden. Die betreffenden Kostenanschläge, Bezeichnungen und Bedingungen können hier jederzeit eingesehen werden.

Uzarzewo bei Schwerenz, den 11. Januar 1864.

Das katholische Kirchenkollegium.

Frank.

Grundstück- und Bäckerei-Verkauf.

Mein in Bromberg infrequentester Straße belegenes Grundstück, in welchem eine bediente Brot-, Semmel- und Kuchenbäckerei betrieben werden, aber auch zur Anlage einer Destillation, Brauerei und andern Fabrikgeschäften geeignet ist, beabsichtige ich verzugshalber unter vortheilhaftem Bedingungen zu verkaufen.

Es besteht aus:

1) einem massiven Wohnhaus in Parterre und 1. Stock, mit großer Einfahrt und Geschäftskontor;

2) Seitengebäude und Stallungen;

3) einer großen neuerbauten massiven Bäckerei nebst Getreide- und Mehlküchen, mit 2 großen Backöfen neuester Konstruktion;

4) 2 Dachräume und Brunnen.

Bur Uebernahme ist eine Anzahlung von 3000 Thaler erforderlich.

Näheres auf Franko-Anfragen.

Ignac Wakarecy

in Bromberg, Wallstraße 183.

Establishment Victoria-Park unter günstigen Bedingungen zu verkaufen. Näheres Königstraße Nr. 18. E. Tauber.

Ich beabsichtige mein im vor. Jahre massives aufgebautes Vorwerk nebst Brauerei, Gasthof und 200 Morgen Land auf eigene Hand zu verkaufen.

Näheres bei mir selbst.

Kempa Krug bei Ostrowo, d. 11. Jan. 1864.

Regina Kawecka.

Steinkohlen.

Beste oberschlesische Steinkohlen in Waggons zu 30 Tonnen offeriert billigt ab Bahnhof sowie frei ins Haus.

Wilhelm Mewes,

Kontoir: Schuhmacherstr. 20.

Mein assortiertes Lager feiner und feinstes

echt chinesischer Thee's

halte ich zur Saison besonders empfohlen.

Staubfreien Theegries

von schwarzen Thee's verkaufe à Pf. 20 Gr.

D. Fromm,

Aufkündigung

zur
Baarzahlung verlooseter 4 prozent.

Grossherzogl. Posenscher Pfandbriefe.

Bei der heute erfolgten Verloosung der zum Tilgungsfonds erforderlichen 4 prozentigen Pfandbriefe sind die nachstehenden Nummern gezogen worden:

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
lau- fend Amor- tisat.		

A. Ueber 1000 Thlr.

8 2266	Boczków I. II.	Adelnau
3 4979	Bronowo	Pleschen
4 4980	dito	dito
15 3385	Brody	Buk
7 4971	Brodnica	Schrimm
9 4973	dito	dito
1 3972	Bobrowniki B.	Schildberg
5 5832	Belecin	Fraustadt
8 3489	Belecin	Bomst
4 6525	Bartoszewice	Kröben
4 3573	Chwalkowo	Schroda
5 5683	Dąbrówka (Gr. Dam- mer)	Meseritz

8 5891 Dąbrówka Obornik
5 5093 Dombrowo Wongrowitz
3 4164 Debowały II. Fraustadt
(Geiersdorf)

8 2973 Dembiec Schroda
9 2983 dito dito
10 2939 dito dito
3 6723 Dobramyśl Fraustadt
5 6389 Gałazki I. wielkie Pleschen
(gross)

1 5724 Gurówko Gnesen
7 5117 Górk dabskie Schubin
8 4819 Gowarzewo Schroda
124 6267 Gołaszyń (Bährsdorf) Kröben

5 3876 Gorzewo Obornik
30 6692 Godzientowy Schildberg

3 5909 Gwiazdowo Schroda

3 6820 Gostyczyn Adelnau

2 2874 Konarzewo Posen

14 2886 dito 8 3895 Wysoczko

130 7305 dito 16 2711 Wieszczyzna

2 3540 Korzkwy Pleschen

7 4144 Koszuty Schroda

91 3191 Kórnik Schrimm

95 3195 dito

3 5330 Krzyżanki Kröben

8 5809 Kuklinowo Krotoschin

5 5826 Kamieniec Kosten

8 5878 Kajewo Pleschen

9 4917 Lubosz Birnbaum

13 4921 dito dito

18 4926 dito dito

19 5867 Lęsce dito

18 5212 Lwówek (Neustadt) Buk

23 5217 dito dito

8 4849 Łag Schrimm

9 4850 dito dito

8 5106 Łukowo Wongrowitz

6 4217 Linie Buk

14 6164 Łomnica (Łomnitz) Meseritz

24 6663 Mieszkow Pleschen

1 5745 Michalcz Gnesen

25 2384 Niepart Kröben

27 2386 dito dito

1 4803 Niemierzewo Birnbaum

2 4804 dito dito

3 5429 Olszowa B. Schildberg

1 6302 Ostrowite Mogilno

4 3869 Oporowo Samter

3 3965 Pasko Kosten

5 3967 dito dito

6 3682 Pomarzany kościoelne Gnesen

3 3675 Popow Ignaceewo Gnesen

7 3945 Parzenczewo Kosten

15 3953 dito dito

9 3998 Posadowo Buk

15 4004 dito dito

24 3224 Pawłowice Fraustadt

25 3225 dito dito

5 4831 Parusewo Wreschen

18 5768 Redgoszcz Wongrowitz

39 6217 Ryczywól Obornik

8 4015 Siedzibwojewo Wreschen

4 3885 Studzieniec Obornik

7 7591 Turowo Samter

2 5336 Trzebowo Krotoschin

1 3700 Wieckowko Gnesen

3 3793 Wolanki dito

63 6909 Wronki Samter

99 6945 dito dito

31 7086 Wojnowo Obornik

21 6141 Zbąszyń (Bentschen) Meseritz

24 6144 dito dito

14 5157 Żydowo Gnesen

15 5158 dito dito

6 6274 Źerniki Schrimm

3 6315 Źelice Wongrowitz

Pfandbr.-Nr.

G u t.

Kreis.

Bei der heute erfolgten Verloosung der zum Tilgungsfonds erforderlichen 4 prozentigen Pfandbriefe sind die nachstehenden Nummern gezogen worden:

Pfandbr.-Nr.	G u t.	Kreis.
lau- fend Amor- tisat.		

C. Ueber 250 Thlr.

34 4834	Rusko	Pleschen
36 4836	dito	dito
27 4814	Redgoszcz	Wongrowitz
52 5254	Ryczywól	Obornik
10 3347	Sędziwojewo	Adelnau
11 3348	dito	dito
51 3221	Sierniki	Wongrowitz
15 2554	Starogród	Krotoschin
9 3267	Studzieniec	Samter
16 3383	Sokołniki w. (gross)	Wongrowitz

10 3349 Szymanowa

18 4759 Nieszawa

10 4760 dito

22 3027 Obiezierze

42 3209 dito

43 3210 dito

80 3478 dito

21 5720 Ossowasie średnia (Mittel-Röhrsdorf)

27 5665 Przysieka niemiecka (Deutsch-Presse)

28 5666 dito

38 5676 dito

49 4939 Popówko

67 4255 Pawłowice

79 4267 dito

22 6824 Parusewo

45 4342 Powodowo

53 4300 Pamiątkowo

17 5053 Raczkowo

66 8510 Rusko

35 7280 Srebrenogórki

79 5208 Sokołniki wielkie (gross)

28 5666 dito

38 5676 dito

44 10637 dito

81 8250 Szamotuły (Samter)

61 1175 Siedmiorogowo

29 4080 Starogród

17 4403 Sepon wiek (gross)

36 3906 Szymanowa

37 3907 dito

80 3910 dito

38 7919 Torzenice

10 31891 Turowo

10 31891 Turowo

38 7920 dito

41 7922 dito

40 7643 Wieckowice

Pfandbr.-Nr.	Gut.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	Gut.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	Gut.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	Gut.	Kreis.	Pfandbr.-Nr.	Gut.	Kreis.
lau- fend.	Verloes- Termin.	Amor- fisat.	lau- fend.	Verloes- Termin.	Amor- fisat.	lau- fend.	Verloes- Termin.	Amor- fisat.	lau- fend.	Verloes- Termin.	Amor- fisat.	lau- fend.	Verloes- Termin.	Amor- fisat.
B. Ueber 500 Thlr.			51 3487 Nieczajna	Obornik	J 63	85 1026 Nekla	Schroda	J 62	100 3631 Gogolewo	Kröben	J 63	43 4017 Przysieka	Wongrowitz	J 63
54 1306 Czekanow	Adelnau	J 62	57 2887 Niepart	Kröben	dito	64 1158 Niemczyno	Wongrowitz	dito	101 3632 dito	dito	45 4019 dito	dito	Wongrowitz	J 63
26 618 Dobrzycy	Krotoschin	dito	66 2896 dito	dito	dito	107 1512 Niepart	Kröben	J 63	111 3642 dito	dito	62 3835 Psarskie	Samter	dito	
18 2035 Dębowia Łeka I. (Geiersdorf)	Fraustadt	J 63	69 2899 dito	dito	dito	111 1516 dito	dito	dito	113 3644 dito	dito	67 3840 dito	dito	dito	
5 1318 Grojec	Bomst	W62	72 2902 dito	dito	dito	119 1247 Owinsk	Posen	W62	116 3647 dito	dito	68 3841 dito	dito	dito	
18 5809 Kręska	Meseritz	J 60	75 2905 dito	dito	dito	199 3827 Pakosław	Samter	J 58	120 3651 dito	dito	28 3787 Parczewo	Adelnau	dito	
10 2093 Koninko	Samter	J 62	82 2912 dito	dito	dito	44 4233 Pozarowo	Kröben	J 61	122 3653 dito	dito	48 5036 dito	dito	dito	
23 2161 Kotowo	Buk	J 63	87 2917 dito	dito	dito	66 1048 dito	Ponie (Punitz)	dito	41 3663 dito	dito	50 5038 dito	dito	dito	
27 2165 dito	dito	dito	91 2921 dito	dito	dito	63 1045 dito	dito	dito	47 3669 dito	dito	93 244 dito	dito	dito	
22 2156 Kierzno A. B. (Lomnitz)	Schildberg	dito	93 2923 dito	dito	dito	46 5060 Psary	Adelnau	W62	56 3678 Jurkowo	Kosten	94 245 dito	dito	dito	
37 5185 Lomnica	Meseritz	J 61	94 2924 dito	dito	dito	30 1453 Piłowice	Schroda	J 63	59 3681 dito	dito	95 246 dito	dito	dito	
66 4319 Lwówek (Neustadt b. P.)	Buk	J 60	123 12079 dito	dito	dito	49 1624 Psarskie	Samter	dito	61 3683 dito	dito	100 251 dito	dito	dito	
10 506 Malpin	Schrimm	W61	50 7094 Olszyna	Schildberg	W59	51 1623 dito	dito	dito	63 3685 dito	dito	110 261 dito	dito	dito	
27 435 Mikołajewice	Gnesen	W46	44 3211 Obiezierze	Posen	J 62	93 1844 dito	dito	dito	64 3686 dito	dito	203 8051 dito	dito	dito	
25 2327 Międzychód	Schrimm	J 63	81 3479 dito	dito	dito	70 1687 Potulice	Wongrowitz	dito	65 3687 dito	dito	dito	dito	dito	
26 2118 Obiezierze	Obornik	dito	82 3480 dito	dito	dito	58 2395 Ruszkowo	Samter	J 62	101 1084 Iwno	Schroda	W59	29 369 Pniewy (Pinne)	Chodziesien	J 60
64 307 Przygodzice	Adelnau	J 60	47 1849 Ponie (Punitz)	Kröben	J 62	40 5036 Strzegowo	Adelnau	W62	103 1086 dito	dito	91 2256 dito	dito	W61	
71 314 dito	dito	dito	48 1850 dito	dito	dito	47 690 Stupia wielkie (gross)	Schroda	J 61	105 1088 dito	dito	92 2257 dito	dito	J 62	
133 4645 Pakosław	Kröben	dito	65 1204 Pudliszki	dito	dito	49 1624 Psarskie	Samter	W61	108 198 Karczewo	Kosten	108 2273 dito	dito	dito	
26 5837 Psary	Adelnau	W62	157 8174 Pakosław	dito	dito	50 1624 Psarskie	Samter	J 62	111 1084 Jabkowo	Wongrowitz	109 2313 Pruchnowo	Samter	W61	
62 6005 dito	dito	dito	66 10664 Psary	Adelnau	W62	12 995 Sokolniki małe (klein)	Samter	J 62	101 1084 Iwno	Schroda	W61	89 2234 Ponie (Punitz)	Kröben	J 62
7 1690 Psarskie	Schrimm	dito	22 2602 Przystanki	Samter	dito	99 1284 Wełna	Obornik	W54	36 661 Kolaczkowo	Gnesen	128 926 dito	dito	dito	
78 2446 Psarskie	Samter	J 63	26 3418 Przysieka	Wongrowitz	J 63	95 427 Witkowo	Gnesen	W61	56 334 Koryta	Krotoschin	129 927 dito	dito	J 62	
9 2251 Przysieka	Wongrowitz	dito	30 3422 dito	dito	dito	101 433 dito	dito	62 66 344 dito	J 62	137 935 dito	dito	W61		
10 2252 dito	dito	dito	32 3424 dito	dito	dito	42 1348 Wróblewo	Samter	W62	46 1996 Kosowo	Kröben	150 948 dito	dito	dito	
13 1066 Szypłowo	Pleschen	W61	87 3877 Psarskie	Samter	dito	58 1563 Wiry	Posen	J 63	49 1999 dito	dito	57 9763 Psary	Adelnau	W62	
17 4565 Wygawowo	Krotoschin	W60	90 3880 dito	dito	dito	62 1567 dito	dito	53 2003 dito	dito	79 10131 dito	dito	dito		
33 1582 Wierzonka	Posen	W62	92 3882 dito	dito	dito	71 1576 dito	dito	31 1114 Krzyżanowo	Schrimm	W61	32 3257 Przystanki	Samter	W61	
22 2017 Wiry	dito	J 63	41 3378 Potulice	Wongrowitz	dito	30 1617 Wierzchaczewo	Samter	dito	39 1122 dito	dito	125 1891 Raszkowo	Adelnau	J 62	
7 2076 Wierzchaczewo	Samter	J 63	43 3380 dito	dito	dito	43 1681 Złotniki	Birnbaum	W61	46 1129 dito	dito	131 1897 dito	dito	dito	
16 1961 Złotniki	Posen	dito	20 3089 Parczewo	Adelnau	J 63	44 1492 Złotniki	Posen	J 62	27 3029 Konarzewo	Kröben	134 1990 dito	dito	dito	
23 206 Xiązno	Wreschen	J 61	40 4714 dito	dito	dito	46 1494 dito	dito	56 3934 Kierzno A. B.	Schiläberg	J 63	157 1923 dito	dito	dito	
C. Ueber 250 Thlr.			24 2772 Piłowice	Schroda	dito	31 1185 Zakrzewo	Gnesen	J 62	57 3935 dito	dito	159 1925 dito	dito	dito	
32 1663 Brody	Buk	J 60	24 2776 dito	dito	dito	39 1193 dito	dito	61 3939 dito	dito	163 1929 dito	dito	dito		
16 684 Czekanow	Adelnau	J 62	18 7975 Rogowo	Kröben	J 58	40 1194 dito	dito	76 3947 Kotowo	Buk	85 2026 Rogaszyce	Schidberg	dito		
35 676 Iwno	Schroda	W61	75 1682 Raszkowo	Adelnau	J 62	44 1198 dito	dito	79 3950 dito	dito	86 2027 dito	dito	dito		
45 1485 Koninko	Samter	J 63	79 1686 dito	dito	dito	62 1174 Zbyszewice	Chodziesien	dito	81 3952 dito	dito	96 2037 dito	dito	dito	
71 2958 Kierzno (Łomnitz)	Meseritz	W52	91 1701 dito	dito	dito	110 5610 dito	dito	83 3954 dito	dito	98 2039 dito	dito	W62		
5 522 Marcinkowo	Mogilno	J 62	52 1739 Rogaszyce	Schildberg	dito	66 1612 Arkuszewo	Gnesen	W61	36 3811 Lipnica	Samter	102 2043 dito	dito	dito	
52 1211 Niepart	Kröben	J 63	55 1742 dito	dito	dito	67 1613 dito	dito	57 3819 dito	dito	104 2052 dito	dito	dito		
32 1301 Obiezierze	Obornik	dito	22 2041 Ruszkowo	Wongrowitz	dito	35 554 Bobrowniki C.	Schildberg	257 7635 Lwówek (Neustadt b. Pinne)	Buk	W52	79 3496 Sulceni	Schroda	W58	
139 186 Przygodzice	Adelnau	J 61	17 1124 Świdnica II. (Zedlitz)	Fraustadt	W61	25 1871 Bieniewo	Adelnau	89 8618 Lewice (Lewitz)	Meseritz	W61	44 1582 Starogrod	Krotoschin	J 58	
146 193 dito	dito	W60	26 6592 Sieroszowice	Adelnau	W59	28 1874 dito	dito	91 8620 dito	dito	15 2144 Sokolniki małe (klein)	Samter	W62		
157 209 dito	dito	J 61	26 2358 Skoraszewice	Kröben	W62	30 1876 dito	dito	92 8621 dito	dito	dito	dito	dito		
173 220 dito	dito	dito	34 3083 Sadowie	Adelnau	J 63	51 2321 Babin	Schroda	106 9675 dito	dito	50 3042 dito	dito	W62		
47 688 Pudliszki	Kröben	W61	26 3083 Sadowie	Adelnau	J 63	72 10426 dito	dito	24 2589 Losiniec	Wongrowitz	36 784 Świdnica II. (Zedlitz)	Fraustadt	W61		
81 1482 Psarskie	Schrimm	J 63	28 3085 dito	dito	dito	44 3054 Borzejewo	dito	26 2591 dito	dito	257 7635 Lwówek (Neustadt b. Pinne)	Buk	W52		
17 1355 Przysieka	Wongrowitz	dito	36 3369 Starkowiec	Krotoschin	dito	52 3062 dito	dito	28 2593 dito	dito	54 4569 Starogrod	Schroda	W58		
44 473 Rokoszow	Kröben	J 61	38 3371 dito	dito										

Börsen-Telegramme.

Berlin, den 13. Januar 1864. (Wolff's teleg. Bureau.)

	Not. v. 12.	Not. v. 12.
Roggen, flau.		Loto 11½ 11½
Loto 36	36	Januar 11½ 11½
Januar 35	35½	Frühjahr 11½ 11½
Frühjahr 35½	35½	Fondsbörse: fest.
Spiritus, gedrückt.		Staatschuldsscheine 88 88
Loto 14½	14½	Neue Posener 4% 88 88
Januar 14½	14½	Pfandbriefe 93½ 93½
Frühjahr 14½	14½	Polnische Banknoten 86 86
Nübel, unverändert.		

Stettin, den 13. Januar 1864. (Marcuse & Maass.)

	Not. v. 12.	Not. v. 12.
Weizen, behauptet.		Mai-Juni 35½ 36
Loto 54½	54½	Nübel, still.
Januar 54½	54½	Januar-Februar 10½ 11
Frühjahr 56½	56½	April-Mai 11 11
Roggen, matt.		Spiritus, unverändert.
Loto 34½	34½	Januar 13½ 13½
Januar 34	34	Frühjahr 14½ 14½
Frühjahr 34½	35½	Mai-Juni 14½ 14½

Posener Marktbericht vom 13. Januar 1864.

	von				bis	
	Al	Sgr	Ap	Al	Sgr	Ap
Feiner Weizen, Scheffel zu 16 Mezen	1	28	3	1	3	
Mittel-Weizen	1	24	—	1	26	6
Ordinärer Weizen	1	20	—	1	22	6
Roggen, schwere Sorte	1	8	9	1	10	—
Roggen, leichte Sorte	1	5	—	1	6	3
Große Gerste	1	2	6	1	6	3
Kleine Gerste	1	—	—	1	2	6
Hafer	—	23	—	—	24	—
Soherbsen	—	10	—	1	11	3
Äuttererbsen	—	7	6	1	8	9
Winterritschen, Scheffel zu 16 Mezen	—	—	—	—	—	—
Winterraps	—	—	—	—	—	—
Sommerrüben	—	—	—	—	—	—
Sommerraps	—	—	—	—	—	—
Buchweizen	—	13	9	1	15	—
Kartoffeln	—	—	—	—	—	—
Butter, 1 Fass (4 Berliner Quart)	2	15	—	3	—	—
Mother Klee, per Centner 100 Pfds. 3. G.	—	—	—	—	—	—
Weißer Klee, dito	—	—	—	—	—	—
Hu, per 100 Pfund Bollgewicht	—	—	—	—	—	—
Stroh, per 100 Pfund Bollgewicht	—	—	—	—	—	—

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Kaufmännische Vereinigung zu Posen.

Geschäftsversammlung vom 13. Januar 1864.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 94 Br., do. Rentenbriefe 94½ Br., do. Provinzial-Banknoten 9½ Gd., polnische Banknoten 86 Gd.

Wetter: schön.

Roggen flau, p. Jan. 29½ Br., 29 Gd., Jan.-Febr. 29½ Br., 29 Gd., Febr.-März 29½ Br., ½ Gd., März-April 29½ Br., ½ Gd., Frühjahr 30½ Gd. u. Br., 30 Gd., April-Mai 30½ Br., ½ Gd.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr. 100 Quart, à 80 % Tralles

am 12. Januar 1864. 12 M. 27½ Sgr — 13 M. 2½ Sgr

= 13.

Berichtigung. In der Notiz vom 5. Januar soll es nicht heißen: 13 M. 5 Sgr bis 13 M. 7½ Sgr, sondern: 13 M. 2½ Sgr bis 13 M. 7½ Sgr.

Die Markt-Kommission zur Feststellung der Spirituspreise.

Die Markt-Kommission.

Spiritus, pr